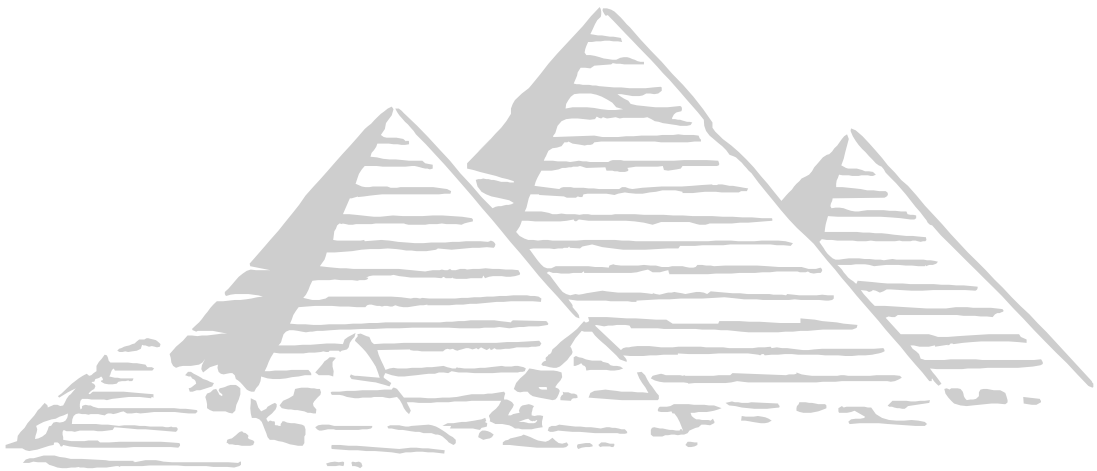


Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo

KAIRO - SPECIAL

April 2006



Ein Rückblick auf die ägyptischen Parlamentswahlen

Michael A. Lange

Überraschende Verschiebung der ägyptischen Lokalwahlen

Michael A. Lange / Carolin Burghart

Der unaufhaltsam Aufstieg des Gamal Mubarak

Michael A. Lange / Julia Hertle

Das Regierungsprogramm der neuen ägyptischen Regierung

Michael A. Lange / Carolin Burghart

Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo
35, Abu El Feda Street
Zamalek, Kairo

Tel. 0020-2-735 43 29
Fax: 0020-2-737 21 21
kaf@internetegypt.com
<http://www.kas.de>

Ein Rückblick auf die ägyptischen Parlamentswahlen 2005

Blickt man nach einigen wenigen Wochen mit dem notwendigen Abstand auf den Verlauf und das Ergebnis der ägyptischen Parlamentswahlen und abstrahiert von den zahlreichen gerichtlichen Eingaben, die zahlreiche Wahlergebnisse zweifelhaft erscheinen lassen und deshalb noch gerichtlich überprüft werden sollen, so kommt man zu dem nicht überraschenden Ergebnis, dass es der Nationaldemokratischen Partei des ägyptischen Präsidenten Mubarak in diesen Wahlen schlussendlich doch noch ein weiteres (letztes?) mal gelungen ist, die für ihre legislative Arbeit in den kommenden Monaten so wichtig erscheinende 2/3-Mehrheit im ägyptischen Parlament sicherzustellen. Gleichzeitig gilt es aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass die Stärke der parlamentarischen Opposition diesmal mit mehr als 120 Mandaten ein, seit Anfang der 50er Jahre nicht mehr erreichtes Ausmaß erreicht hat. Zwar verlor die Regierungspartei gegenüber ihrem letzten Wahlergebnis im Jahre 2000 etwa 80 Mandate, die Tatsache jedoch, dass sie ihre bisherige 2/3 Mehrheit, wenn auch knapp hat verteidigen können, bedeutet letztendlich, dass sich an den tatsächlichen Machtverhältnissen im ägyptischen Parlament nichts wesentliches geändert hat und die NDP in den kommenden Monaten weiterhin im wesentlichen unbeeindruckt von der parlamentarischen Opposition ihre eigenen Reformvorstellungen umsetzen können.

Das andere, mittel- und langfristig jedoch vielleicht wichtigere Ergebnis der Wahlen ist dagegen die Tatsache, dass sich in der Zusammensetzung der parlamentarischen Opposition ein bedeutender Wandel vollzogen hat. Waren bis zu dieser Wahl die säkulare und die religiöse Opposition etwa gleich stark im Parlament vertreten, so wird die nicht nur insgesamt größer gewordene parlamentarische Opposition in Zukunft auch noch von der religiösen Fraktion der ägyptischen Moslembruderschaft dominiert. Mit insgesamt 88 der insgesamt etwa 120 oppositionellen Abgeordneten können sie im zukünftigen ägyptischen Parlament den politischen Diskurs der Opposition weithin bestimmen und es wird interessant sein, zu erleben, welche Themen diese neue nicht-säkular ausgerichtete Opposition in den kommenden fünf Jahren im Parlament vorrangig zur Diskussion bringen wird.

Rückblick auf das vorläufige Endergebnis der Wahlen

Blickt man auf das vorläufige Endergebnis der ägyptischen Parlamentswahlen, so sollte vorab notiert werden, dass 12 Wahlkreise mit insgesamt zu vergebenen 24 Mandaten noch die Gerichte beschäftigen, weil Endergebnisse entweder gerichtlich angezweifelt oder wegen der Schließung von Wahllokalen gar nicht erst zustande gekommen sind. Allerdings kann der Ausgang dieser Verfahren bzw. Nachwahlen das jetzt konstatierte politische Machtverhältnis im Parlament nicht mehr grundsätzlich verändern.

Was die Korrektheit der offiziellen Wahlergebnisse angeht gibt es bis heute umfangreiche Zweifel, dass diese den tatsächlichen Wählerwillen bzw. die tatsächliche Stimmabgabe der ägyptischen Wähler wiedergeben.

Dafür verantwortlich war sicher die Möglichkeit die Wahlbedingungen im Verlauf der drei Wahlgänge in Verbindung mit den entsprechenden Stichwahlen zu „modifizieren“. Nicht wenige politische Beobachter unterstellten von Beginn an, dass die ägyptischen Sicherheitsbehörden nach Maßgabe der Stück für Stück bekannt werdenden (für die NDP negativen) Teilergebnisse den Wahlen den Ablauf der Stimmabgabe verstärkt (zugunsten der NDP) manipulieren würden. Erleichtert wurde dies nicht zuletzt durch die Tatsache, dass wegen der großen Anzahl der zu den 1. Wahlgängen antretenden (unabhängigen) Kandidaten pro Wahlbezirk es in den allermeisten Wahlbezirken zu Stichwahlen kam, die eine weitere Gelegenheit zur Manipulation des Wahlverfahren, etwa durch Veränderung der der Stichwahl zugrunde gelegte Wählerliste oder gar durch Ausschluss bestimmter Wählergruppen von der Stimmabgabe. Solche Möglichkeiten schienen, den Berichten von Wahlbeobachtern zufolge, die Sicherheitsbehörden im Verlauf der Wahl immer mehr in Anspruch zu nehmen.

Offensichtlich mussten sich deshalb die Erfolgsquoten „unliebsamer“ Kandidaten in den jeweiligen Stichwahlen gegenüber der ersten Stimmabgabe sowie und in späteren Wahlgängen gegenüber den früheren Wahlgängen drastisch verschlechterten.

Vor allem im letzten, für die Zusammensetzung des ägyptischen Parlaments entscheidenden dritten Wahlgang war die Stimmabgabe doch eine ganze Reihe „komplizierender“ Faktoren gekennzeichnet, wie etwa (provozierten?) Tumulten vor Wahllokalen, die nicht selten zum Abbruch der Stimmabgabe führten, manipulierten Wählerlisten, auf denen sich bestimmte Wähler(-gruppen) plötzlich nicht mehr wieder fanden und deshalb ihre Stimme nicht (ordnungsgemäß) abgeben konnten und ganz einfach durch die spätere Verkündung eines unter äußerst umstrittenen Bedingungen ausgezählten und verkündeten offiziellen Wahlergebnisses. Inwieweit also das jetzt auch diesem Bericht zugrunde gelegte offiziellen Wahlergebnisse unter diesen Umständen tatsächlich dem realen Wählervotum bzw. dem entsprechenden Wählerwillen entspricht, darf deshalb sicher stark angezweifelt werden.

Während also bei diesen Wahlen wiederum etwa 32 Mio. in die Wählerlisten eingetragene wahlberechtigte Ägypter aufgerufen waren ihre Stimme einem der insgesamt 5177 Parteikandidaten sowie unabhängigen Kandidaten zu geben, muss an dieser Stelle besonders darauf hingewiesen werden, dass nicht zuletzt auch die weiterhin sehr niedrige Wahlbeteiligung der ägyptischen Bevölkerung insgesamt Aussagen über die Politische Bedeutung des Wahlausgangs erheblich relativieren. Bedenkt man, dass von gesetzlich Wahlberechtigten nur ein geringer Teil tatsächlich um eine notwendige Wahlkarte bemüht bzw. eine solche ausgestellt bekommt und von diesen Wahlkarteninhabern wiederum nur etwa 25% sich an der Wahl beteiligen bzw. zur Auszählung gelangen, so muss das daraus resultierende Wahlergebnis an sich schon als ein nur sehr rudimentäres Abbild des ägyptischen Wählerwillens gelten

Tabelle : Die National Demokratische Partei bei den ägyptischen Parlamentswahlen

	Jahr	1984	1987	1990	1995	2000	2005
1	Wahlberechtigte (in Mio.)	24.2	25.5	28.2	31.2	N/A	N/A
2	Registr. Wahlberechtigte (in Mio.)	12.6	14.3	16.2	20.9	24.6	31.8
3	Abg. Stimmen (Total in Mio.)	5.5	7.2	7.3	10.5	N/A	N/A
4	Parlamentskandidaten	3879	3592	2676	3980	3957	5177
5	Wahlbeteiligung (3/1in %)	22.6	28.3	25.8	33.5	N/A	N/A
6	Wahlbeteiligung (3/2 in %)	43.1	50.2	40.0	50.0	25,0	26,2
7	NDP-Stimmenanteil in %	87	78	81	94	87	68
8	NDP Sitze	390	348	360	417	388	311

Quelle: Al Ahram Weekly vom 29. Dez. 2005, N/A not available

Dank der landesweiten Organisationsstruktur der regierenden „Quasi-Einheitspartei“ NDP konnte sie in allen 222 Wahlkreisen die maximale mögliche Anzahl von 444 Kandidaten ins Rennen schicken. Ein Wahlergebnis, bei dem die NDP zwar die stärkste Fraktion werden würde, aber nicht mehr allein regieren könnte, wurde von der NDP sowohl vor den Wahlen und wie sich zeigen sollte auch während der Wahlen nie ernsthaft in Betracht gezogen.

Als jedoch schon in der ersten Wahlrunde prominente NDP-Kandidaten reihenweise scheiterten und mit 68 NDP-Kandidaten nur eine Minderheit der NDP-Bewerber, die in sie gesetzten Erwartungen erfüllten konnten und sich dieser Trend im zweiten Wahlgang sogar noch verstärkte, als sogar nur 34 der 138 offiziellen NDP Kandidaten sich ein Mandat sichern konnten, schien die besagte 2/3-Mehrheit im Parlament mit bis zu diesem Zeitpunkt erst 102 von 292 Mandaten ernsthaft bedroht. Deshalb musste in der dritten Wahlrunde bei noch zu vergebenen 130 Mandate eine „ganz besondere Anstrengung“ unternommen werden, so vielen offiziellen NDP-Kandidaten wie möglich ein Mandat zu verschaffen, nicht zuletzt um die Bedeutung bzw. den daraus resultierenden Einfluss möglicher späterer Überläufer aus dem Lager der Unabhängigen NDP-Dissidenten zu begrenzen. Diese für die NDP schwierige Umstand mag erklären, weshalb es vor allem im diesen letzten, dritten Wahlgang

und in der dazugehörigen Stichwahl zu den von zahlreichen Wahlbeobachtern gemeldeten massiven Manipulationen durch die ägyptischen (Sicherheits-) Behörden gekommen ist. Schließlich gelang es der NDP im letzten Wahlgang noch insgesamt 43 eigenen Kandidaten ein Mandat zu verschaffen, was die Zahl der erfolgreichen Kandidaten der NDP schließlich auf insgesamt 145 (68+34+43) wachsen ließ. Dies bedeutete aber, dass von ihren insgesamt 432 offiziellen Kandidaten (12 Mandate sind noch nicht entschieden) nur etwa ein Drittel (33,6%) tatsächlich erfolgreich waren und ein Mandat gewannen.

Tabelle : Sitzverteilung nach den Parlamentswahlen 2005 (2000)

Partei	Kandidaten	Gewonnene Sitze	Erfolgsquote in %	Anteil in %
NDP	432 (444)	145 (175)	33,6 (39.4)	33,6 (39.4)
Bruderschaft	175 (73)	88 (17)	50,2 (23.3)	20,4 (3.8)
Wafd	114 (272)	6 (7)	5,3 (2.6)	1,9 (1.6)
Tagammu	47 (52)	2 (6)	4,3 (11.5)	0,5 (1.4)
Nasserist	22 (45)	0 (2)	0 (4.4)	0 (0.5)
Al-Ahrar	13 (N/A)	0 (1)	0 (N/A)	0 (0,2)
Al-Ghad	N/A (0)	1 (0)		0,2 (0)
„Unabhängige“	4386 (3240)	24 (21)		5,5 (4.7)
NDPendants		166 (213)		38,4 (47,9)
Total		183 (234)	4,2 (7,2)	42,4 (52,7)

Quelle: Al-Ahram Weekly Online, No. 508, 16-22 November 2000 u.a.

Erst durch die Wiederaufnahme von immerhin weiteren 166 erfolgreichen NDP-Dissidenten bzw. „NDPendants“, also Parteimitgliedern, die aus Protest gegen die sie verschmähende offizielle Kandidatennominierung ihrer eigenen Partei, als „Unabhängige“ gegen den eigenen Parteifreund angetreten und schließlich das Parlamentsmandat gewonnen hatten, kam die NDP schlussendlich auf insgesamt 311 Mandate und damit die für die 2/3-Mehrheit mindestens notwendige Abgeordnetenzahl von 302.

Übersicht: Gewinne und Verluste der offiziellen NDP Kandidaten

	I. Wahlgang	II. Wahlgang	III. Wahlgang	Endergebnis
NDP-Kandidatenzahl	154	138	130	422
Mandate gewonnen	68	34	43	145
Mandate verloren	96	104	87	287
Mandate übernommen	44	102	20	186
Mandate Total	112	136	63	311
Mandate ungeklärt				22
				444

Betrachtet man das Abschneiden der offiziellen NDP Kandidaten etwas genauer, so kommt man zu recht eindeutigen Ergebnissen. So verloren die offiziellen NDP-Kandidaten in der ersten Wahlrunde von den in den 82 Wahlbezirken zu vergebenden 164 Mandaten 96 und konnten nur 68 für sich entscheiden (Erfolgsquote=41,5%). In der zweiten Wahlrunde konnten die offiziellen NDP-Kandidaten dann von den in den 72 Wahlbezirken zu vergebenden 144 Mandaten gar nur noch 34 für sich gewinnen und verloren 104 an ihre Herausforderer (Erfolgsquote=24,6%). Erst in der dritten, für das Gesamtergebnis letztlich entscheidenden Wahlrunde konnten die offiziellen NDP-Kandidaten immerhin die überraschende Anzahl von 43 der in den 68 Wahlbezirken insgesamt zu vergebenden 130 Mandate für sich verbuchen und ihre Erfolgsquote wieder auf einen Wert von 33% erhöhen. Betrachtet man das Abschneiden der offiziellen NDP Kandidaten etwas genauer, so kommt man zu recht eindeutigen Ergebnissen. So verloren die offiziellen NDP-Kandidaten in der ersten Wahlrunde von den in den 82 Wahlbezirken zu vergebenden 164 Mandaten 96 und konnten nur 68 für sich entscheiden (Erfolgsquote=41,5%). In der zweiten Wahlrunde konnten die offiziellen

NDP-Kandidaten dann von den in den 72 Wahlbezirken zu vergebenden 144 Mandaten gar nur noch 34 für sich gewinnen und verloren 104 an ihre Herausforderer (Erfolgsquote=24,6%). Erst in der dritten, für das Gesamtergebnis letztlich entscheidenden Wahlrunde konnten die offiziellen NDP-Kandidaten immerhin die überraschende Anzahl von 43 der in den 68 Wahlbezirken insgesamt zu vergebenden 130 Mandate für sich verbuchen und ihre Erfolgsquote wieder auf einen Wert von 33% erhöhen Angesichts der selbst „errungenen“ nur 145 „Direktmandate“ beeindruckt große die Zahl von immerhin 186 derjenigen unabhängigen „NDPendants“, die sich nach den Wahlen schließlich doch wieder ihrer Partei anschlossen und ihr somit zu dem gewünschten deutlichen Wahlerfolg verhalfen. Dies bedeutet für die Regierungspartei gleichzeitig aber auch, dass die Mehrheit der NDP-Mandatsträger im neuen Parlament dieses Mandat gegen die eigenen Partei (deren Fraktion sie sich erst nach der Wahl wieder anschlossen) errungen hatten; was sicher positive Auswirkungen für das Selbstbewusstsein dieser Abgeordneten und negative Auswirkungen für das Selbstverständnis der Regierungsfraktion gegenüber der Möglichkeit in Zukunft Vorstellungen von Partei- bzw. Fraktionszwang durchzusetzen haben dürfte.

Tabelle: Der Aufstieg der „NDPendants“

	NDP	%	NDP- endants	%	NDP Total		Ind.	MB	Opp	Prob	App.	Total
1995	318	70,0	92	20,3	410	90,3	20	-	14	-	10	454
2000	170	37,4	218	48,0	388	85,5	21	17	16	2	10	454
2005	145	31,9	166	36,6	311	68,5	24	88	9	12	10	454

Quelle: Hala Mustafa (Hrsg.), Parliamentary Elections in Egypt 1995. Al-Ahram Weekly On-Line, No. 508, 16-22 November 2000

Weil Kandidaten, die als Unabhängige ins Rennen um einen Parlamentssitz gingen, weil sie sich bei der Kandidatenkür innerhalb der eigenen Partei gegen den schließlich offiziell nominierten Parteikandidaten nicht hatten durchsetzen können, sich wieder der NDP bzw. der NDP-Fraktion im Parlament anschlossen gab es heftige Kritik von Wählern, die diesen Kandidaten nur deshalb ihre Stimme gegeben hatten, weil sie als „oppositionelle“ Kandidaten gegen den offiziellen NDP-Kandidaten ins Rennen gegangen waren. Sie bezeichneten das Verhalten dieser „Überläufer“ als skandalös und beschuldigten diese des Betrugs am Wähler, da sie schließlich als „Unabhängige“ bzw. „Oppositionelle“ gewählt worden seien. Manche meinten sogar, eine solche nachträgliche Rückkehr ins Lager der Regierungspartei verletze die Verfassung. Wie allerdings schon in den Vorjahren lief die „Rückkehr“ dieser Abgeordneten in die Regierungsfraktion jedoch wieder so geräuschlos ab, wie bereits in den Vorjahren. Die Dissidenten zeigten sich ob ihres Wahlerfolges hinreichend zufrieden gestellt; sie hatten es ihren Parteioberen bewiesen, dass sie die „besseren“ weil schließlich erfolgreichen Kandidaten gewesen waren und damit hatte man sich bestätigt. Nun geht es aber darum, seiner Wählern öffentliche Dienstleistungen zu verschaffen und dafür waren Kontakte zur Administration und damit Kontakte zur Regierungspartei und -fraktion unabdingbar, weshalb es nahezu alle vormaligen Dissidenten für opportun erachteten, durch Rückkehr in die Regierungsfraktion wieder die Nähe zur NDP zu suchen.

Entscheidende Veränderungen des Erscheinungsbildes der Opposition

Die erst kurz vor den Wahlen zustande gekommene Allianz der wichtigsten legalen bzw. säkularen ägyptischen Oppositionsparteien, insbesondere der Wafd-Partei, der Tagammu und den Nasseristen, sowie einiger außerparlamentarischer Gruppierungen, wie etwa Kefaya u.a. war dagegen zwar mit großen Erwartungen in diese Parlamentswahl gegangen; das mehr als bescheidene Resultat von nur neun Mandaten konnte diese Erwartungen jedoch bei weitem nicht gerecht werden. Lag es an den schließlich erstmals gemeinsam aufgestellten Kandidaten selbst oder am Image der sie tragenden politischen Parteien? Trotz engagierter Berichterstattung aller oppositioneller Presseorgane war es augenscheinlich wiederum nicht gelungen, die gemeinsame politische „Message“ (Genug) an den Mann d.h. den ägyptischen

Wähler heranzutragen. Gab es in den Augen der Wähler vielleicht keine Zustimmung zu dieser „Message“ oder sahen viele Wähler eher in der politischen „Message“ der ägyptischen Moslembrüder: „Der Islam ist die Lösung“ eine viel versprechendere Losung und entschieden sich deshalb viele Wähler dafür, statt der säkularen, diesmal die religiöse Oppositionsalternative zu wählen? Im Ergebnis hat es wohl an beidem gelegen, dass von den immerhin insgesamt etwa 300 Kandidaten dieser säkularen Oppositionsallianz es nur neun ins Parlament schafften. Diese Abgeordneten der Wafd-Partei (6), der Tagammu (2) und der Al-Ghad Partei (1) reüssierten vor allem in den bekannten „Oppositionswahlkreisen“ und gewannen wohl kein politisches Terrain hinzu. Vor allem sie hatten sich im Wahlkampf der konzentrierten Propaganda der Regierung zu erwehren, die es offensichtlich besonders darauf abgesehen hatte, die säkulare Opposition zu bekämpfen und als einzig bedeutende säkulare politische Kraft im Lande darzustellen. Generell kann angesichts des Wahlergebnisses festgestellt werden, dass die bisherige parlamentarische Opposition bei diesen Wahlen das Vertrauen und damit die Unterstützung der ägyptischen Wähler endgültig verloren zu haben scheint. Der gleichzeitige große Erfolg unabhängiger Kandidaten mag in der Tendenz dagegen wohl dem Unstand geschuldet sein, dass diese Kandidaten erfolgreich waren weil sie sich besonders um die Nöte der Menschen in ihren Wahlkreisen gekümmert hatten. Insgesamt eroberten immerhin 112 von mehr als 4500 sog. „Unabhängige Kandidaten“ in diesen Wahlen einen Parlamentssitz darunter natürlich auch die 88 gezwungenermaßen als „unabhängige“ Kandidaten angetretenen Vertreter der ägyptischen Moslembrüder. Diese Anzahl ist deutlich höher als in den vergangenen Parlamentswahlen, wo es nur 42 unabhängigen Kandidaten gelungen war, ein Parlamentsmandat zu erringen.

Der überraschende Erfolg der ägyptischen Moslembrüder

Der bis heute verbotenen Organisation der ägyptischen Moslembrüder war es dagegen bei anfänglicher Duldung ihres offiziellen Auftretens durch die ägyptischen Sicherheitsbehörden bereits in den beiden ersten Wahlgängen gelungen in besonderem Masse auf sich aufmerksam zu machen und mehr als das fünffache ihrer bisherigen Anzahl an Parlamentariern in das neue ägyptische Parlament zu entsenden. Die Regierungspartei bzw. die mit ihr „verbundene“ Staatsgewalt hatte also auch diesmal wieder sowohl den hohen Organisationsgrad als auch die entschlossene Beharrlichkeit der ägyptischen Moslembrüder unterschätzt, das Angebot erweiterter politischer Spielräume während des Wahlprozesses zu nutzen und einen erfolgreichen Wahlkampf zu bestreiten. Zwar sahen sich die Muslimbrüder schon nach dem überraschend erfolgreichen ersten Wahlgang und verstärkt nach dem nahezu ebenso erfolgreichen zweiten Wahlgang wachsenden Behinderungen durch die ägyptischen Sicherheitsorganen ausgesetzt, die im bzw. vor dem dritten Wahldurchgang an Umfang bedeutend zugenommen und sogar zu Protesten des US-amerikanischen Administration geführt hatten; all dies konnte jedoch nicht verhindern, dass die ägyptischen Muslimbrüder sich nach diesen Parlamentswahlen in ganz herausragender Weise als die zahlenmäßig einzig wirklich bedeutende Oppositionsgruppe im Parlament etablieren konnten. Bedenkt man die Tatsache, dass die Muslimbrüder diesmal, wie schon 1995 und 2000, mit nur 175 eine begrenzte Anzahl von Kandidaten in das Rennen um Mandate geschickt und in Wahlkreisen, in denen prominente Politiker der Regierungspartei NDP antraten, keine eigenen Kandidaten angeboten hatten; so erscheint das erreichte Wahlergebnis noch eindrucksvoller. Mit einer aus diesem Wahlergebnis herzuleitenden Erfolgsquote ihrer Kandidatenliste von nahezu 50% steht die Moslembruderschaft weit an der Spitze aller an dieser Wahl beteiligten Parteien bzw. politischen Gruppierungen. Dabei hatten politische Beobachter die Vorhersagen führender Mitglieder der Moslembrüder, bei diesen Parlamentswahlen bis zu 100 Mandate erlangen zu können, anfänglich noch als Wunschdenken abgetan.

Mit diesem für viele überraschenden Ergebnis, können die ägyptischen Moslembrüder als die eigentlichen Wahlgewinner bezeichnet werden. War es ihnen bisher nicht erlaubt, erkennbar als Mitglieder der Moslembruderschaft an den Parlamentswahlen teilzunehmen, was sie zwang als „unabhängige“ Kandidaten aufzutreten oder mit bereits zugelassenen Parteien eine Wahlvereinbarung zu treffen, wie etwa in den Jahren 1984 und 1987 auf einer gemeinsamen Liste mit der Wafd-Partei, und 1990 sowie 1995 zusammen mit der islamisch orientierten ägyptischen Arbeiterpartei um Mandate im Parlament zu kämpfen, so war es diesmal etwas anders. Zwar mussten Kandidaten der ägyptischen Moslembrüder wegen des andauernden Verbots ihrer Organisation auch diesmal wieder als „Unabhängige“ auftreten, erstmals wurde von den ägyptischen Sicherheitsbehörden aber geduldet, dass sie sich im Wahlkampf und auf ihren Wahlplakaten öffentlich zur Mitgliedschaft in der Moslembruderschaft bekennen und mit ihrem altbekannten, aber bisher verbotenen Slogan „Der Islam ist die Lösung“ werben durften.

Aufgrund dieses „Entgegenkommens“ der ägyptischen Sicherheitsbehörden, das durchaus auf eine stille Vereinbarung zwischen den Moslembrüdern und den Sicherheitsbehörden vor der Wahl schließen lässt, sahen führende Moslembrüder bei diesen Parlamentswahlen auch keine Notwendigkeit mit anderen politischen Gruppierungen, wie etwa dem Wahlbündnis UNFC (Nationale Koalition für demokratischen Wandel), enger zusammenzuarbeiten. Von Seiten der Moslembruderschaft hieß es dazu lediglich, dass man sich mit dem UNFC und anderen Parteien abstimmen und in Einzelfällen die Aufstellung von Kandidaten koordinieren würde. Um möglichst viele Wahlkreise abzudecken, entschied man sich dagegen häufig dafür nur einen Kandidaten pro Wahlkreis, in dem immer zwei Mandate vergeben werden, ins Rennen zu schicken. In Wahlkreisen, wo aussichtsreiche Mitglieder anderer Parteien kandidierten, verzichteten die Moslembrüder oft auf eine eigene Kandidatur.

Schon nach dem ersten Wahlgang hatten die Muslimbrüder die Zahl ihrer Sitze im Parlament im Vergleich zur Gesamtzahl nach den letzten Parlamentswahlen 2000 verdoppelt. Hatten sie damals insgesamt nur 17 Sitze gewonnen, so waren es diesmal schon nach der Wahl in den ersten acht Gouvernoraten: 34 Mandate. Da sie in diesem ersten Wahlgang nur 50 Kandidaten aufgestellt hatten, lag ihre „Erfolgsquote“ mit 68% verglichen mit allen anderen (Oppositions-) Parteien sehr hoch. Nach diesem ersten, ruhig verlaufenen Wahlgang und einem solchen für alle Beobachter überraschenden Ergebnis, kam es im bzw. schon vor dem zweiten Wahlgang zu gewaltsamen Ausschreitungen bzw. dem Einschreiten von Sicherheitskräften gegen Sympathisanten der Bruderschaft. Im Verlauf der Wahlen kam es vor allem in Alexandria zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften, Schlägertrupps und Sympathisanten der Moslembrüder. Dabei wurden drei Personen getötet und mehrere verletzt. Nicht nur von Seiten der Moslembrüder, sondern auch von internationalen Beobachtern wurde unterstellt, dass es eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen den Schlägertrupps und den staatlichen Sicherheitskräften gegeben haben sollte. Die teilweise wohl inszenierten Gewaltausbrüche sollten den Sicherheitskräften einen Vorwand bieten, um bestimmte „gefährdete“ Wahllokale zu schließen bzw. die Wähler (der Moslembrüder) von der Stimmenabgabe abzuhalten. Dies geschah vor allem in Kreisen mit aussichtsreichen Kandidaten der Moslembruderschaft. Nichtsdestotrotz gewannen die Moslembrüder auch im zweiten Wahlgang allein in Alexandria sieben der insgesamt 22 zu vergebenden Sitze. Ähnlich sah es auch in anderen Städten aus. So gewannen sie im mittellägyptischen Minya alle sechs zu vergebenden Mandate. Außergewöhnlich war auch das Ergebnis in Menoufiya – der Heimatprovinz Hosni Mubaraks, in der bisher die NDP Kandidaten dominiert hatten. Dieses Mal gelang es den Moslembrüdern sogar in dieser Heimatprovinz des Präsidenten das bisherige Monopol der Regierungspartei zu durchbrechen und immerhin drei weitere Parlamentssitze zu erringen. Bereits im ersten Wahlgang war es den Moslembrüdern gelungen 13 Mandate und in den Stichwahlen weitere 29 Mandate zu gewinnen. Die Erfolgsquote der Gruppe lag diesmal sogar bei 70%, denn von insgesamt nur 60 Kandidaten waren 42 erfolgreich ge-

wesen. Am Ende der zweiten Wahlrunde konnten sie also trotz sich verstärkender Manipulationsversuche durch die Regierungspartei bereits insgesamt 76 gewonnene Parlamentssitze vermelden. Schon diese Zahlen ließen einige besorgte Kommentare laut werden. Vor allem Vertreter der koptischen Minderheit zeigten sich besorgt über die Gefahr wachsender religiöser Intoleranz und entsprechend negativer Einflüsse im Parlament was die Sicherstellung religiöser und kultureller Freiheitsrechte anging. Aber auch gemäßigte islamische Intellektuelle äußerten ihre Besorgnis über ein solches Wahlergebnis, da sie eine Entwicklung in Richtung „ägyptischem Taliban-Regime“ nicht ausschließen wollten. Als Reaktion sah sich ein führendes Mitglied der Muslimbrüder, Khairat El Shater sogar aufgefordert einen Artikel unter dem (bezeichnenden) Titel: „No need to be afraid of us“, zu veröffentlichen, indem er den Lesern versicherte, dass die Moslembrüder sowohl religiöse Verschiedenheit als auch die Recht von Nicht-Muslimen respektieren würden und dass sie keine politische, religiöse oder soziale Gruppe vom politischen Leben in Ägypten ausschließen würden. Mit Bedenken und Spannung blickten deshalb viele auf die dritte und letzte Wahlrunde der Parlamentswahlen. Aufgeschreckt von den Erfolgen der Moslembrüder nahmen die Verhaftungen von Moslembrüdern und deren Unterstützern noch einmal zu. So wurden noch vor der ersten Wahlrunde des dritten Wahlgangs zwischen 300 und 500 Anhänger der Moslembrüder verhaftet. Die gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Moslembrüdern und deren Anhängern mit den Sicherheitskräften erreichten ihren Höhepunkt. Dabei starben insgesamt acht Personen. Weiterhin wurden wiederum zahlreiche Wahllokale geschlossen bzw. den Wählern der Zugang zu den Wahllokalen gewaltsam versperrt. Im ersten Wahlgang konnte die Bruderschaft deshalb trotz 49 kandidierender Moslembrüder kein einziges, weiteres Mandate erringen. Erst in den Stichwahlen gewannen sie weitere 12 Sitze hinzu und erreichten damit insgesamt 88 Parlamentssitze und damit nahezu 20% der bis dahin vergebenen 426 von 444 Mandaten. Diese Parlamentswahlen bewiesen ein weiteres Mal eindrucksvoll, dass die ägyptischen Muslimbrüder nicht nur straff organisiert waren und sich auch durch Behinderungen der Sicherheitsorgane nicht von ihrem Kurs abbringen ließen, sondern offensichtlich auch bei der Auswahl und Nominierung ihrer Kandidaten für die einzelnen Wahlbezirke die richtigen Entscheidungen getroffen hatten.

Parlamentarische Perspektiven

Häufiger, als die Frage nach den Gründen für den großen Wahlerfolg der Moslembrüder, wird gegenwärtig die Frage gestellt, welche Perspektiven sich aus ihrem Wahlerfolg ergeben. Innerhalb dieses Diskurses haben sich inzwischen vor allem zwei Positionen herauskristallisiert. Eine Seite befürchtet eine zunehmende Islamisierung der Politik durch die Muslimbrüder. Andere wiederum sehen in der parlamentarischen Beteiligung ein Potenzial für die Entwicklung einer demokratischen Agenda. Die Vertreter dieser Sichtweise sehen in der gegenwärtigen Illegalität der Vereinigung ihr stärkstes Potenzial. Dadurch könne sie sich vielen Pflichten und parteipolitischen Rahmenbedingungen entziehen. Eine Integration in das politische Leben würde ihnen klare Grenzen setzen und sie dazu zwingen die realpolitische Tauglichkeit ihres diffusen Programms sowie ihres allgemeinen Slogans „Der Islam ist die Lösung“ zu beweisen.

In welche Richtung sich die politische Zukunft Ägyptens mit 88 Muslimbrüdern im Parlament bewegt bleibt abzuwarten und ist von vielen Faktoren abhängig. Die Möglichkeit einer weiteren Integration der Moslembrüder ins politische Leben und ebenso eine Entwicklung der Bewegung hin zu einer offiziellen demokratischen Partei ist gegeben und gegebenenfalls auch notwendig. Denn ändert sich bei den nächsten Parlamentswahlen 2010 die Sitzverteilung nicht grundlegend, dann wird die NDP die einzige Partei sein, die mit der erforderlichen Prozentzahl (5%) im Parlament vertreten ist und somit einen Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 2011 stellen kann. Es sei denn, die Moslembrüder entwickeln ein demokratisches Parteienprogramm, bewerben sich um die Anerkennung als Partei und werden als eine solche

zugelassen. Dann hätten wahrscheinlich auch sie die erforderliche Prozentzahl, um einen Kandidaten ins Rennen um das Präsidentenamt 2011 zu schicken. Eine Frage bleibt aber, die an die Befürchtungen vieler in Ägypten anknüpft, nämlich die inwieweit die Moslembrüder überhaupt in der Lage sind, eine demokratische Agenda zu entwickeln!

Die Tatsache, dass die einzige ernst zu nehmende politische Opposition in Zukunft aus den Reihen der „unabhängigen“ Moslembrüder kommen wird, stellt sich die Frage inwieweit diese Opposition sich auf Themen konzentrieren wird, die viele für das Land für essentiell erachten, vor allem, wenn man berücksichtigt, mit welchen Themen sich die Abgeordneten der Moslembruderschaft in der vergangenen Legislaturperiode vorrangig auseinandergesetzt haben. Ihnen ging es in dieser Zeit vor allem um Zensurrechte, was bestimmte, als „unmoralisch“ kategorisierte Publikationen (Bücher, Videos etc.) anging und um das uneingeschränkte Tragen des Schleiers. Zu den entscheidenden wirtschaftlichen Debatten trugen sie dagegen bisher nur wenig Eigenes bei, wie insgesamt ihr „Wahlprogramm“, das während des gesamten Wahlkampfes hinter ihrem umstrittenen Wahlslogan „Der Islam ist die Antwort“ eher diffus blieb, bisher keine konkreten politischen Vorhaben oder Anschauungen offenbarte.

Inwieweit die Führung der Moslembruderschaft angesichts der neuen Rolle der mit ihr verbundenen Abgeordneten anderen Themen eine höhere Priorität als bisher einräumen wird, bleibt vorläufig abzuwarten. Man ist sich seitens der Führung der Moslembrüder zwar durchaus bewusst, dass ihre Kandidaten auch deshalb gewählt worden sind, weil sie sich in Opposition zum Vertreter der Regierungspartei (und seinen politischen Vorstellungen ?) zur Wahl gestellt hatten und nicht weil man die wenigen erkennbaren Programmpunkte der Moslembrüder unterstützte, was aber man genau mit dem Votum für die Moslembrüder politisch verbindet bzw. welche politische Haltungen nun von diesen gewählten Abgeordneten erwartet, bleibt für den politischen Beobachter vorerst wohl noch weiter im Dunkeln, genauso wie bis zu einem gewissen Punkt wohl auch für den neu gewählten Abgeordneten.

In einem Zeitungsartikel hat einer der „Chef-Ideologen“ der Bruderschaft, Essam El-Erian erst kürzlich dies Frage nach dem zukünftigen parlamentarischen Verhalten dahingehend beantwortet, dass er darauf hingewiesen hat, dass die ägyptische Muslimbruderschaft zu beabsichtigen scheint, neben der auf religiösem Gebiet aktiven Bruderschaft, eine politisch agierende Partei zu gründen. Nach dem Vorbild in Ländern wie Jordanien und Marokko soll also offensichtlich eine allen Interessenten offen stehende politische Partei gegründet werden, die sich als Werte bezogene, konservative Partei versteht und mit einem politischen Programm in zukünftige, demokratische Wahlauseinandersetzungen zu gehen gedenkt.

Er beschrieb diese Partei folgendermaßen:

„..... As for political activity, it undertakes it as a civil Party with an Islamic authority that is open to all citizens, Muslims and Christians, and with a political platform that competes in elections according to firm rules (as has happened in Jordan and Morocco etc.).

Such a party will be conservative in nature, civil in practice, and political in style.... It will allow all to know the party and the platforms and participate in its membership and activities. It will be a new model added to traditional party models, for it is not entirely an ideological party, not a party of interests or mere services. Rather, it combines this all, mixing idealism with realism and balancing between principles and interests....”

Vielen scheint diesen Abgeordneten ein „Mandat ohne konkreten Auftrag“ zugefallen zu sein und die wenigen konkreten Aussagen des übrigens nicht zur Wahl angetretenen Führers der ägyptischen Moslembruderschaft: Mahdi Akef, lassen nur wenige Rückschlüsse darauf zu, was diese Abgeordnete in den nächsten Monaten in ihrer Parlamentsarbeit vorrangig beschäftigen wird bzw. womit sie das Parlament durch eigene Eingaben zu beschäftigen gedenken. Das von vielen Kandidaten während des Wahlkampfes propagierte diffus gebliebe-

ne Modell eines islamischen Staates wird dabei sicherlich auf erbitterten Widerstand weiter Kreise der Abgeordneten aber auch der Bevölkerung, vor allem in den urbanen Zentren, stoßen. Dies alles ist sicher auch der Führung der Moslembruderschaft bewusst, die den Anteil der „Protestwähler“, also solcher Wähler, die den Kandidaten der Moslembrüder nicht wegen seines bzw. des Programms der Moslembrüder sondern aus Protest gegen die Regierungspartei gewählt haben, durchaus hoch einschätzen. Diese Wähler wollen eine andere, wenn auch nicht notwendigerweise islamische Agenda umgesetzt sehen. Ihre Sympathie gilt den alternativen Kandidaten und weniger dem alternativen Programm der Moslembrüder. Die Kandidaten der Moslembrüder wurden vor allem wegen ihrem lokalen Engagement den im Wahlkreis meist unbekannten bzw. an den Problemen der Menschen in den jeweiligen Wahlkreisen desinteressierten NDP Kandidaten vorgezogen. Diese Wähler würde man sicher gegen sich aufbringen, wollte man eine streng islamische Programmatik umzusetzen versuchen. Blickt man in die Zukunft der parlamentarischen Auseinandersetzung zwischen der Regierungspartei und der überwiegend religiös beeinflussten, eigentlich illegalen, Opposition, so muss man sich fragen, wie die Regierungspartei gedenkt mit dieser sicher gemeinsam als Fraktion auftretenden politischen Kraft im Parlament umzugehen. Wird man sie als legale Opposition anerkennen und ihr Fraktionsstatus verleihen oder wird man sie jedes Mal niederhalten bzw. niederstimmen, was ihr eine Märtyrerrolle verschaffen könnte. Sicherlich wird die Gruppe der Moslembrüder sich nicht widerstands- bzw. lautlos von der Regierungspartei an den Rand drängen lassen. Eine alternative Vorgehensweise für die Regierungsfraktion wäre es sicher, die Zusammenarbeit zu suchen und konstruktive auf die Vorschläge der Moslembrüder, so sie nicht gänzlich gegen gemeinsame parlamentarische Vorstellungen verstoßen, einzugehen. Man würde diese zahlenmäßig ja nicht zu vernachlässigende Gruppierung also besser im politische Dialog engagieren als sie zu isolieren, denn auf diese Weise ließen sich ggfs. auch die politischen Defizite im Programm dieser Bewegung desavouieren. So böte sich die Chance sich mit den Inhalten der Programmatik der Moslembrüder offen auseinanderzusetzen, ohne ihnen durch Isolierung und Ignoranz noch mehr politisches Gewicht zu geben, statt sie zu Antworten auf durchaus säkular Probleme zu zwingen. Nur auf diese Weise könnte deutlich gemacht werden, dass im Islam allein eben doch nicht alle Antworten auf die aktuelle Probleme und Zukunftsfragen der ägyptischen Gesellschaft zu finden sind bzw. gegeben werden. Was den Rest der säkularen Opposition angeht stellt sich natürlich die Frage nach der Zukunft dieser Opposition d.h. des vor der Wahl eingegangenen Oppositionsbündnisses. Soll dieses Bündnis im Parlament fortgesetzt werden, wird man auch dort als gemeinsame Oppositionsfraktion in Erscheinung treten oder wird man wieder in seine Untergliederungen zerfallen und dabei nahezu atomisiert werden.

Die Reformfähigkeit der Regierungspartei NDP

Bei der kritischen Analyse der Parlamentswahlen konnte der Parteiführung der Regierungspartei NDP nicht verborgen geblieben sein, dass nicht nur die offiziellen, von den örtlichen Parteiorganen nominierten Wahlkreiskandidaten wie schon bei den letzten Parlamentswahlen in vielen Fällen im Kampf um das Mandat gegen unzufriedene eigene Parteimitglieder, die als „Unabhängige“ gegen die offiziellen Parteikandidaten angetreten waren, unterlegen waren sondern, dass die Partei des Präsidenten offensichtlich über keine zukunftsfähige innere Ordnung d.h. über keine ausreichende „Bürgernähe“ mehr verfügte. Da dies bereits das Resume der letzten Parlamentswahlen gewesen war und es jetzt so scheint, als habe sich der viel beschworene partei-interne Reformprozess des Gamal Mubarak ebenfalls als Fehlschlag erwiesen, stellt sich vielen Beobachtern von außerhalb der Partei, aber auch solchen innerhalb der Regierungspartei, die Frage nach der Reformfähigkeit dieser Partei. Ist sie wirklich von innen heraus reformierbar oder gilt es für den Reformflügel in der Partei über eine vollständige Partei (neu-) -gründung nachzudenken.

Zu sehr scheint das Image der Partei als Bollwerk der Alten Garde der Partei weiter zu bestehen, wobei sich in den Augen der Wähler in den vergangenen Jahren wenig an diesem alten Denken verändert zu haben scheint. Noch immer haben die Wähler das Gefühl, die Partei agiere nach dem Motte: „Wählt uns und wir kümmern uns um alles bzw. alle, die uns gewählt haben.“ Wenn aber die Partei nicht mehr reformierbar erscheint bzw. wenn die Partei in den Augen der Mehrzahl der ohnehin nur noch wenigen Wähler, ihre altes Image einfach nicht mehr los werden kann, dann bleibt nur der Weg in eine Abspaltung bzw. Neugründung, wobei natürlich wie bei allen Neugründungen, die Gefahr besteht, dass sie das gleiche Schicksal ereilt wie alle anderen der zahlreichen Neugründungen der jüngeren Vergangenheit, dass sie nämlich keine besondere Beachtung findet. Diesem Risiko wäre nur zu entgehen, wenn sich diese Neugründung auf der Basis der Zustimmung bzw. der Bereitschaft zum Übertritt einer größeren Gruppe von Mitgliedern einer existierenden Parlamentsfraktion erfolgen würde, wie dies im vergangenen Jahr die Ghad-Partei mit dem Übertritt einiger Parlamentarier der Oppositionsparteien vorexerziert hat. Dann nämlich hätte man sich die Zeit verschafft, die man wohl bräuchte, um die neue Fraktion bzw. Partei im Bewusstsein der Wähler zu verankern und mit ihren neuen programmatischen Vorstellungen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sollten Teile des Reformflügels der Regierungspartei bzw. der aktuellen Parteiführung einen solchen Plan diskutieren, würden sich gleichzeitig auch neue Möglichkeiten zum politischen Aufstieg des Präsidentensohnes, Gamal Mubarak eröffnen. Er könnte sich an die Spitze einer solchen neuen politischen Bewegung bzw. Abspaltung setzen und erstmals den politischen Anspruch auf eine zukünftige Führungsrolle im Staat darstellen, ohne das der Vorwurf der direkten Nachfolge in der Staatspartei nach syrischem Vorbild noch greifen könnte.

Insgesamt hat auch diese Parlamentswahl wieder gezeigt, dass der Weg Ägyptens in eine pluralistische Demokratie westlichen Musters noch weit ist. Für ein solches westliches Modell einer Demokratie scheint es in Ägypten weiterhin zu wenig Demokraten zu geben. Eine Demokratie ohne (wehrhafte) Demokraten hilft aber vor allem den Radikalen, sich der demokratischen Institutionen zu bedienen um an die Macht zu gelangen und diese dann nach eigenem Gutdünken zu monopolisieren. In einer Bevölkerung, die zu mindestens 50% aus Analphabeten besteht, bedient sich der politische Diskurs einfacher Bilder, für komplizierte politische Konstrukte ist wenig Platz, einfache Lösungen und Slogans beeindrucken die Mehrheit der Wähler immer noch leichter, als komplizierte Antworten auf komplizierte Herausforderungen. Die von der säkularen Opposition bemängelten Defizite (der Regierungsvertreter) wie ausufernde Korruption, fehlende Selbstkritik, wachsende Intoleranz und fehlende Konsensorientierung sind immer Defizite des anderen, nie solche, die man unter Umständen auch sich selbst vorwerfen könnte. Dabei scheint klar, dass viele Kritiker, die ihren Gegnern diese Dinge vorwerfen, nur allzu sehr Gefahr laufen diesen Defiziten zu erliegen, denn sie sind mittlerweile zum normalen Bestandteil des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens geworden. Wieso sollte die Korruption im Grossen enden, wenn jeder „kleine Mann“ in Kairo daran gewöhnt ist gegen ein kleines Entgelt (Bakshish) an den Verkehrspolizisten sein Auto verbotenerweise entweder in der zweiten Reihe zu parken oder verkehrt die Einbahnstrasse passieren zu lassen. Wie soll die Bereitschaft zur Selbstkritik zum allgemeinen Charakterzug werden, wenn niemand Schüler zur Kritik ermuntern und man von seinen eigenen Kindern keinen Widerspruch duldet. Wie soll Toleranz entstehen, wenn man selbst intolerant auf seinen religiösen und politischen Überzeugungen als einzig rechtmäßige besteht. Wie soll sich Konsensfähigkeit verbreiten, wenn man selbst auf seine alleinige Autorität beharrt und immer versucht seine Meinung durchzusetzen. Ohne die Verbreitung dieser Charaktereigenschaften, also ohne die Heranbildung wahrer Demokraten, wird es keine Demokratie geben können in einem Land, in dem es eine Kultur der Freiheit, diese Charakterzüge zu entwickeln und entfalten nie gegeben hat, sondern wo immer das Führerprinzip gegolten hat.

Wahlen, ein Indikator oder nur ein Ersatz für Demokratie ?

Fragt man nach der Bedeutung dieses Wahlergebnisses für die Zukunft des politischen Diskurses in Ägypten so liegt es nahe die Wahlen insgesamt noch einmal in den Kontext der politischen Entwicklung der gesamten Region zu stellen.

Blickt man zurück zu dem Beginn dieses wichtigen ägyptischen Wahljahres, so blieb dem politischen Beobachter nicht verborgen, dass sich die Dominanz des bis dahin staatstragenden NDP sowohl durch inner-parteiliche Auseinandersetzungen als auch durch die wachsende Herausforderung seitens interner wie externer Demokratieforderungen zunehmend relativiert hatte. Das Regime hatte auf diesen wachsenden Druck durch flexible Angebote beschränkter, politischer Reformen und Gesetzesänderungen reagiert und wie üblich zahlreiche Versprechungen für die Zeit nach den Wahlen gemacht.

Selbst unsicher, ob diese angebotenen Maßnahmen und Versprechungen ausreichen würden die sinkende Attraktivität der Regierungspartei zumindest soweit zu begrenzen, dass eine Sicherung der parlamentarischen Mehrheit zu erwarten war, sah man sich jedoch aufgefordert nach einer Strategie zu suchen, die beides so gut wie möglich sicherstellen konnte. Man sah sich also sowohl aufgefordert den internen und externen Demokratieforderungen Rechnung zu tragen gleichzeitig aber seinen Machtanspruch zu unterstreichen. Dies schien nahe zu legen sich mit Teilen der politischen Opposition im Land ins Benehmen zu setzen und zwar nicht wie manche erwartet haben mögen, mit der schwachen säkularen parlamentarischen Opposition, sondern mit den ägyptischen Moslembrüdern. Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund, dass sich das ägyptische Regime vor allem durch die Annäherung der externen Demokratieprotagonisten an Elemente der säkularen ägyptischen Opposition –etwa in Gestalt der El-Ghad Partei und dem im Präsidentialwahlkampf erstaunlich erfolgreichen Vorsitzenden Ayman Nour orientierten. Die Entwicklung in der Ukraine vor Augen befürchtete die ägyptische Führung wohl eine Entwicklung, die diese neue liberale, westlich orientierte politische Bewegung zu einer ernst zu nehmenden Alternative zum bisherigen Regime werden lassen könnte. Es galt also zuerst einmal diese Wahlalternative zu domestizieren, was mit Hilfe gerichtlicher Winkelzüge wie in die Ghad Partei platzierte fünfte Kolonne von Informanten gelang, so dass die Partei es selbst nicht einmal schaffte in die sich erstmals formierende Oppositionsallianz aufgenommen zu werden. Nachdem dies gelungen war suchten also zwei alternative säkulare Oppositionskräfte -wie sich zeigen sollte, vergeblich- die ägyptische Wähler von ihrem Anspruch eine politische Alternative zum Mubarak Regime zu sein, zu überzeugen.

Gleichzeitig erschien es dem politischen Regime in Gestalt der Führung der Regierungspartei opportun einen modus-operandi mit den ägyptischen Moslembrüdern zu finden. Dieser sollte es den Moslembrüdern ermöglichen im Gegenzug zu einer Selbstbeschränkung auf eine begrenzte Anzahl von Kandidaten in den Genuss eines in vielfältiger Weise „unbeschränkten“ Wahlkampfes zu kommen. Man stellte bei entsprechendem Wahlverhalten u. a. in Aussicht, nicht wie sonst üblich, zahlreiche Aktivisten der Moslembrüder schon lange vor Beginn der eigentlichen Wahlauseinandersetzung in Haft zu nehmen und wie sonst üblich Anhänger der Moslembrüder an der Stimmabgabe zu hindern. Man erlaubte den Kandidaten der Moslembrüder im Wahlkampf deutlich bzw. explizit auf ihre Zugehörigkeit zur Bruderschaft -immerhin eine weiterhin verbotene Organisation in Ägypten- hinweisen zu dürfen und akzeptierte schlussendlich sogar den umstrittenen, gemeinsamen Wahlslogan aller Kandidaten der Moslembrüder: der Islam ist die Lösung!

Möglicherweise war auch gefordert worden, dass sich die Moslembrüder irgendwelcher durchaus möglicher Absprachen mit den verschiedenen säkularen Oppositionsparteien enthielten und stattdessen den ihnen vom Regime angebotenen Freiraum für sich allein zu nutzen. Dies geschah vor dem Hintergrund der möglichen Gefahr einer Unterstützung eines säkularen Kandidaten bzw. säkularer, oppositioneller Kandidaten durch die Moslembrüder,

ein Thema, dass in Zusammenhang mit der Herausforderung des Präsidenten durch Ayman Nour im Rahmen der Präsidentschaftswahlen kurzfristig diskutiert worden war.

Es mag sein, dass diese Drohung zu der begrenzten Konzession seitens der Regierung an die Moslembrüder beigetragen hat, denn das bedrohlichste Szenario für das Regime musste natürlich eine enge Zusammenarbeit zwischen der in der Masse verankerten Moslembrüder mit den im Westen akzeptierten und in der intellektuellen Elite auf Wohlwollen stößenden säkularen politischen Führern, wie Ayman Nour sein.

Dieser modus operandi, ob nun schriftlich oder nur mündlich niedergelegt, diente der Realisierung der unterschiedlichen Zielsetzungen der beiden Vertragsparteien.

Ziel der ägyptischen Exekutive war es dabei zweifellos:

- die Anzahl der oppositionellen Abgeordneten im kommenden ägyptischen Parlament zu erhöhen und damit der politischen Pluralität des Parlaments zu erweitern, ohne die eigene 2/3 Mehrheit zu gefährden
- die Anzahl der religiösen Oppositionsabgeordneten zu Lasten der säkularen Oppositionsabgeordneten zu erhöhen, um die Vorstellung einer (vielleicht im Westen erhoffte) säkularen Alternative zum aktuellen Regime total unrealistisch erscheinen zu lassen und eine klare Alternative zwischen „denen“ d.h. einer religiösen, bisweilen fundamentalistischen Opposition (Moslembrüder) und „uns“ dem aktuellen säkularen Mubarakregime entstehen zu lassen.

Erhofft wurde sich von der Herbeiführung eines solchen klaren „Tade-Offs“ zwischen der andauernden Unterstützung des säkularen Reformkurses des existierenden autokratischen Regimes und dem limitierten Alternativangebot einer zum Fundamentalismus neigenden religiösen Opposition die Wiedererlangung der vorbehaltlosen Unterstützung des Auslands bzw. der übrig gebliebene säkularen Intellektuellen im eigenen Land für die schrittweise politische Reform, welche allein das Regime und nicht etwa auswärtige Kräfte für angebracht erachten.

Aber auch die Moslembrüder sahen in einer solchen Übereinkunft Vorteile für die Realisierung ihrer politischen Ziele. Zum einen versprochen die angebotenen Konzessionen der Regierung erstmals ein unbehindertes Auftreten der Kandidaten im Wahlkampf mit der Folge, dass deutlich werden würde, dass die Moslembrüder tatsächlich über weit reichende Unterstützung in der ägyptischen Bevölkerung verfügen. Die Übereinkunft versprach die Bestätigung und damit Hervorhebung der Moslembrüder, als die einzige, entscheidende Oppositionskraft in Ägypten. Damit erhofften sich die Moslembrüder nicht zuletzt auch die zukünftige vermehrte Unterstützung durch säkulare Oppositionskräfte.

Da man ohnehin das aktuelle Regime nicht herauszufordern beabsichtigte und sich stattdessen mit ihrem politischen Machtanspruch auf die Zeit nach Mubarak konzentrieren wollte, erschien die Bestätigung der Bruderschaft als die wichtigste Oppositionskraft im Land als ausreichenden Anreiz zur Akzeptanz eines solchen Stillhalteabkommens mit dem Regime.

Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Interessenlagen gingen die beiden „Vertragspartner“ in die anstehende Wahlauseinandersetzung. Nachdem die Zusammenarbeit aller Oppositionskräfte mit den Konzessionen der Regierung verhindert worden war gingen die Moslembrüder mit der Hoffnung auf insgesamt ca. 50 Mandate in den ersten Wahlgang dieser Parlamentswahlen. Die Regierungspartei vertraute dabei darauf, dass das ungehinderte Auftreten der Kandidaten der Moslembrüder es den anderen Oppositionskandidaten schwer machen würde, sich gegen die Kandidaten der Regierungspartei durchzusetzen. Man hatte es den Kandidaten der Moslembrüder also bewusst erleichtert sich im ersten Wahlgang gegen die anderen Oppositionskandidaten durchzusetzen und die Stichwahl zu erreichen, man glaubte dann aber den Sieg des übrig gebliebenen religiösen Oppositionskandidaten in der Stichwahl womöglich sogar mit Stimmen der säkularen Opposition verhindern zu können.

Man war bereit den ersten Wahlgang abzuwarten, bevor man die Spielregeln ggfs. modifizieren würde. Man hatte sogar daran gedacht den ersten Wahlgang in den urbanen Zentren des Landes stattfinden zu lassen, damit die zu diesem Zeitpunkt für nicht nötig gehaltenen Interventionen des Staates keine schlechte Presse erzeugen würde.

Als sich dann im ersten Wahlgang zumindest einige der Erwartungen des Regimes erfüllten, schien die Strategie des Regimes aufzugehen. Es gab wenige Interventionen der Sicherheitskräfte und deshalb wenige Zwischenfälle, es gab die erwarteten Verluste der offiziellen Kandidaten der NDP aber nicht zugunsten anderer säkularer Oppositionskandidaten sondern stattdessen der Moslemb Brüder. Die internationale und nationale Presse berichtete wohlwollend und lobte das ägyptische Regime für den offensichtlichen Sinneswandel, was die uneinträchtige Durchführung freier, demokratischer Wahlen anging.

Angesichts überraschender Misserfolge bestimmter Kandidaten der Regierungspartei zeigte sich die „Old Guard“ der Regierungspartei allerdings davon überzeugt, dass eine härtere Gangart in den folgenden Wahlgängen notwendig erschien, wollte man nicht den angestrebten, umfassenden Wahlerfolg der Regierungspartei gefährden. Entsprechend resolut ging man in die II. Wahlrunde. Man setzte aber nicht auf die offiziellen Sicherheitsorgane sondern auf Schlägertruppen, deren Aufgabe es war entweder Unterstützer der Gegenkandidaten zu attackieren oder ganz allgemein für Unruhe zu sorgen, die dann den Sicherheitskräften den Vorwand boten einzuschreiten und sogar Wahlgänge auszusetzen. Auch begann man Wahlergebnisse auf diese Weise zu beeinflussen, sogar in ihr Gegenteil zu verkehren, was sogar von Aufsicht führenden ägyptischen Richtern zwar moniert wurde, was aber zu keinen unmittelbaren Konsequenzen führte. Als schließlich vor dem III. Wahlgang sogar die 2/3-Mehrheit der Regierungspartei bedroht schien, wurde ein weiteres Mal die schon in der Vergangenheit erfolgreich genutzten staatlichen Mittel eingesetzt, um das erwünschte Wahlergebnis sicherzustellen, was schließlich auch gelang. Mit diesem Wahlausgang konnte zwar der drohende Verlust der politischen bzw. parlamentarischen Kontrolle über den Charakter des möglichen politischen Verfassungsänderungsprozess verhindert werden, verhindert wurde aber auch der angestrebte Public Relation Effekt den sich die Regierung möglicherweise von dem liberalen Beginn des Wahlgangs versprochen hatte.

Die Wähler in Ägypten, wie die an einer weiteren Demokratisierung Ägyptens interessierten Kreise im Ausland, sehen sich jetzt mit einem Wahlergebnis konfrontiert, dass im Grunde genommen alles beim Alten belässt, der ägyptischen Moslemb Brüderschaft jedoch eine deutlich veränderte ja aufgewertete Rolle zuweist.

Spannend wird sein, wie das ägyptische Regime mit dieser neuen (parlamentarischen) politischen Konstellation umzugehen gedenkt bzw. umgehen wird. Wird sie auf die Moslemb Brüder zugehen und sie gegen die verbleibende säkulare Opposition ausspielen oder wird sie den Schrecken einer möglichen Machtübernahme der Moslemb Brüder vor sich her tragen um den Westen dazu zu bewegen den politischen Veränderungsdruck vom Regime zu nehmen und es dem Regime überlassen eine säkulare Lösung für den anstehenden Wechsel an der Spitze des Staates ins Werk zu setzen.

Spannend wird natürlich auch bleiben, wie die ägyptischen Moslemb Brüder mit ihrem sicher neu gewonnenen Selbstbewusstsein umgehen werden. Ganz offensichtlich haben sie es nicht eilig das Regime herauszufordern. Sie werden sicher abwarten und haben mehrmals betont, es wollte das Regime Mubarak nicht herausfordern. Sie schätzen die Situation so ein, dass Mubarak es schaffen würde sich gegen eine politische Herausforderung seitens der Moslemb Brüder jederzeit durchzusetzen und zwar sowohl machtpolitisch mit den üblichen Instrumenten wie der Polizei und der Sicherheitsorgane, aber auch in Wahlen die den immer noch populären Präsidenten gegen einen von den Moslemb Brüdern aufgebieten Kandidaten wohl noch durchsetzen würde.

Diese Einschätzung gilt aber nur für den Amtsinhaber, nicht jedoch für einen eventuellen (säkularen) Nachfolgekandidaten, entstamme er nun der Familie des Amtsinhabers oder käme er aus irgendeinem anderen, säkularen politischen Lager.

Zu diesem ja absehbaren Zeitpunkt wird es dann zu der Entscheidung kommen müssen sich als Moslembruderschaft auch um das Spitzenamt der Staates zu bewerben und eine weitergehende demokratische Liberalisierung des politischen Systems käme der Realisierung eines solchen politischen Machtanspruchs nur entgegen. Deshalb ist zu erwarten, dass die ägyptische Moslembruderschaft jetzt bestrebt sein wird gemeinsam mit der säkularen Opposition für eine weitere Demokratisierung des politischen System Ägyptens zu kämpfen, zumal eine Verbreiterung der demokratischen Möglichkeiten zur Partizipation den Moslembrüdern nutzt, ja in die Hände spielt. Führende Vertreter der ägyptischen Moslembrüder haben ihre zukünftigen Ziele und Maßnahmen schon teilweise offen gelegt und ein ähnliches Szenario beschrieben.

Aber auch säkulare Kräfte gewinnen den Zugewinnen der Moslembrüder in Ägypten durchaus positive Aspekte ab. So argumentieren einige politische Beobachter der Region, dass der erfolgreiche graduelle und friedfertige Ansatz der ägyptischen Moslembruderschaft diejenigen widerlegt, die argumentieren, nur der militärische Kampf mit dem Regime (Jihad) kann dem politischen Islam zum Durchbruch verhelfen. Bis heute argumentieren alle „terroristischen“ Gruppen des politischen Islam mit der Unmöglichkeit eines demokratischen Machtwechsels und ziehen daraus ihre Legitimation für den bewaffneten Kampf. Sollte es jetzt doch möglich werden sich mit demokratischen Mitteln politische Teilhabe zu erkämpfen, könnte die Attraktivität der militanten Gruppen in den Augen vieler aktueller Anhänger schwinden. Dies würde den in einigen Ländern bereits existierenden, anerkannten parteipolitischen Ablegern der Moslembruderschaft mehr Zulauf versprechen und damit mehr demokratischen Einfluss verschaffen. Dies könnte den radikalen Kräften des politischen Islam das Wasser abgraben und den konservativen Moslembrüdern und ihren Parteigründungen in den verschiedenen Ländern mehr Einfluss geben.

Ähnlich äußerten sich zumindest die exilierten Führer der verbotenen tunesischen Moslembruderschaft: Sayyed Ferjani und der syrischen Moslembruderschaft: Ali Bayanouni, wie auch die Führer der legalen jordanischen Moslembruderschaft: Abdel-Majid Thunaibat und der ägyptischen Moslembruderschaft : Mahdi Akef.

Ob westliche Kräfte sich dieser Argumentation anschließen werden, bleibt abzuwarten. Bis heute scheint die US Administration (noch) das weiter bestehende Verbot der Moslembruderschaft in Ägypten zu unterstützen, was offensichtlich sehr viel mehr mit den bisher geäußerten, außenpolitischen Zielen der Moslembruderschaft zusammenhängt, als mit deren innenpolitischen Vorstellungen. Man wird sich also entscheiden müssen, welcher Argumentation man weiter zuneigen will, derjenigen die besagt, dass eine weitere Demokratisierung zu machtvolleren, islamischen Bewegungen führen wird oder zu jenen die erwarten, dass man nur mit einer Widerannäherung an die zeitweise verfemten autokratischen Regime eine Machtübernahme der radikalen Islamisten verhindern bzw. herauszögern kann.

Angesichts der offensichtlichen Wahlerfolge der Moslembrüder als Ergebnis fairerer und freier Wahlen könnte man zu einer andersartigen Haltung gelangen, da man an der Anerkennung der in diesen Ländern existierenden politischen Unterstützung der Moslembruderschaft wohl nicht mehr lange vorbeikommen wird. Vieles spricht dafür, dass man sich in naher Zukunft von der Unterstützung des Verbots der Moslembruderschaft verabschieden wird und einer Legalisierung einer politischen Gruppierung an der Seite der Moslembruderschaft das Wort geben wird. Entsprechende Angebote bzw. Überlegungen scheinen bereits auch in den Reihen der ägyptischen Moslembruderschaft zu existieren.

Überraschende Verschiebung der ägyptischen Lokalwahlen

Nur wenige Tage vor dem 16. Februar diesen Jahres, dem Tag an dem eigentlich die offiziellen Vorbereitungen für die anstehenden ägyptischen Lokalwahlen des Jahres 2006 vom ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak hätten verkündet werden sollen um rechtzeitig vor dem Ablauf des Mandats der Mitglieder der Lokalräte Wahlen durchzuführen, erließ dieser stattdessen ein Dekret, mit dem diese Lokalwahlen um mindestens zwei Jahre verschoben wurden. Noch am gleichen Tag stimmte die zweite Kammer des ägyptischen Parlaments, die von der regierenden National Demokratischen Partei (NDP) dominierte beratende Shura-Versammlung dafür, die Mandatszeit der derzeitigen Mitglieder der Lokalräte um zwei Jahre zu verlängern. Einige Tage später stimmte das ägyptische Parlament mit 348 zu 106 Stimmen dieser Entscheidung in zweiter Lesung zu.

Trotz der Tatsache, dass die parlamentarische Opposition mit 106 Gegenstimmen erstmals darauf aufmerksam machen konnte, wie vereint sie gegen diese Entscheidung eingestellt war, stellte sie gleichzeitig einen konstruktiven Gegenvorschlag zur Diskussion, der besagte, dass die Lokalwahlen nur um sechs Monate verschoben werden sollten. Man begründete diesen Vorschlag damit, dass es zwar auch in der Auffassung der Opposition durchaus sinnvoll sei, das aktuelle Wahlgesetz, auf dessen Grundlage die anstehenden Lokalwahlen durchgeführt werden sollten, zu modifizieren, dass dafür aber keineswegs zwei volle Jahre erforderlich seien. Vielmehr reiche für ein abgestimmtes Änderungsvotum nur wenige Wochen aus. Trotz dieser Bereitschaft zur Änderung des Wahlgesetzes seitens der Opposition, stimmte die Mehrheit im Parlament jedoch für den sofortigen zwei-jährigen Aufschub. Diese Entscheidung rief nicht nur in oppositionellen Kreisen im Inland, sondern vor allem auch in den USA und in geringerem Masse auch in europäischen Partnerländern Verwunderung ja in Einzelfällen scharfen Protest hervor.

Offizielle Gründe für die Verschiebung der Lokalwahlen

Als wichtigster Grund für die Verschiebung der Lokalwahlen wurde von Seiten der Regierung die geplante Modifizierung des „Law on Local Administration“ angegeben. Laut Shura-Sprecher und NDP-Generalsekretär Safwat al-Sherif, soll den Kommunen in Ägypten im Rahmen eines neuen Gesetzes mehr Eigenständigkeit und dabei vor allem größerer finanzieller Spielraum gewährt werden. Bisher sind die Lokalräte vor allem für die Gewährung von staatlichen Dienstleistungen auf Distrikt-, Stadt- und Dorfebene verantwortlich und üben eine eingeschränkte Kontrollfunktion gegenüber den allein vom Präsidenten nominierten Provinzgouverneuren aus. In der Realität werden die gewählten Lokalräte stark durch die zentralisierten politischen Instanzen des Staates reglementiert und in ihren Kompetenzen eingeschränkt. Das neue Gesetz: „Law on Local Administration“, das sich momentan in der legislativen Vorbereitung befindet, soll die Abhängigkeit der Lokalräte von diesen zentralen Instanzen verringern und damit einen Beitrag zur Dezentralisierung der ägyptischen Verwaltung und auf diesem Wege letztlich auch einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Ägypten leisten. Da die Ausarbeitung eines entsprechenden neuen Gesetzentwurfs jedoch längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte, sei die Durchführung der Lokalwahlen im April 2006 auf neuer, legislativer Grundlage nicht möglich. Einigen, mit dem neuen Gesetzentwurf befassten Politiker schien ein Zeitraum von etwa einem Jahr zwar ausreichend zu sein, doch dann würden die Lokalwahlen mit der Shura-Wahl zeitlich zusammenfallen. Die gleichzeitige Vorbereitung und Durchführung zweier Wahlgänge, schien den meisten Abgeordneten der Regierungspartei, darunter auch MP Gihad Auda, einem Mitglied des NDP Politikkomitees, nicht opportun, weshalb man sich in der Regierungspartei schließlich erst einmal auf eine zweijährige Verschiebung verständigt hat.

Kritische Bewertung der Verschiebungsgründe

Viele politische Beobachter in Ägypten haben auf die überraschende Ankündigung des Präsidenten mit Verwunderung, ja mit uneingeschränkter Kritik reagiert. Politikwissenschaftler wie Oppositionelle Abgeordnete, wie Intellektuelle vertreten unisono die Ansicht, die Gründe für die Verschiebung der Lokalwahlen lägen weniger in dem Bestreben die anstehende Wahl auf einer demokratischeren Grundlage durchzuführen sondern viel eher in dem überraschend guten Abschneiden der ägyptischen Moslembrüder in den gerade zu Ende gegangenen Parlamentswahlen.

Viele sehen darin und die damit verbundene Sorge, die ägyptischen Moslembrüder könnten auch in den Lokalwahlen ein solch überraschend positives Wahlergebnis erzielen, den eigentlichen Grund für die plötzliche Verschiebung der Wahlen. Der eigentliche Grund für diese „neuerliche politische Manöver des Regimes“ liegt in der Angst der Regierungspartei vor einem weiteren Erstarken der Moslembrüder. Letztere hätten es offensichtlich geschafft nicht nur die Enttäuschung weiter Bevölkerungskreise zu nutzen, sondern auch Vertrauen zu gewinnen, ein Umstand, der sich bereits in dem guten Wahlergebnis der Kandidaten der Moslembruderschaft in den Parlamentswahlen 2005 niedergeschlagen hat. Nachdem sie dort mit 88 von insgesamt 454 Sitzen immerhin nahezu 20% der Mandate erringen konnten, schien der die Lokalräte bisher dominierenden NDP die Wahrscheinlichkeit, dass die Muslimbrüder auch bei den jetzt anstehenden Lokalwahlen große Stimmenerfolge für sich verzeichnen und damit den Einfluss der NDP, der sich auf 99% der Lokalratsmitglieder erstreckt, stark einschränken könnten, als zu offensichtlich.

Die Nachfolge Mubaraks fest im Blick

Dabei ging es in den anstehenden Lokalwahlen zudem nicht nur darum, dass die Muslimbrüder in einer jetzt durchgeführten Wahl unter Umständen in den zukünftigen Lokalräten stärker repräsentiert wären als bisher und sich damit ihr Einfluss auf die Kommunalpolitik faktisch vergrößern könnte; die Folgen eines unkalkulierbaren Wahlerfolgs der Muslimbrüder in diesen Lokalwahlen wären viel weit reichender. Sorge bereitete der Regierungspartei - so wird von vielen politischen Beobachtern unterstellt – vor allem der Umstand, dass im Wege einer stärkeren Repräsentanz gewählter Mitglieder der Moslembrüder in den zukünftigen Lokalräten, diese eher über das notwendige Quorum zur Nominierung eines „unabhängigen“ Präsidentschaftskandidaten verfügen könnten als bisher.

Um in Zukunft als Präsidentschaftskandidat nominiert werden zu können, bedarf es nach der letzten Verfassungsänderung der Unterstützung sowohl einer bestimmten Anzahl von Parlamentsmitgliedern wie Mitgliedern des Shura-Rats und der Lokalräte. Die Verfassungsänderung von Mai 2005 dekretierte, dass ein unabhängiger Präsidentschaftskandidat mindestens 250 Unterschriften von gewählten Abgeordneten beibringen muss, um sich als Kandidat zu qualifizieren. Von diesen 250 Unterschriften müssen mindestens 65 von Mitgliedern des ägyptischen Parlaments, 25 von Mitgliedern des Shura-Rat und jeweils 10 von Mitgliedern in Lokalräten aus mindestens 16 der insgesamt 26 ägyptischen Provinzen herrühren. Mit dieser Verfassungsänderung hat die Zusammensetzung der Lokalräte vor allem für „unabhängige“ Außenseiterkandidaten ganz erheblich an Bedeutung gewonnen. Vielen, auch Abgeordneten der Regierungspartei, galt dieser Passus zum Zeitpunkt der Verfassungsänderung als ein sicheres Vehikel unliebsame Kandidaturen „unabhängige“ Präsidentschaftskandidaten durch das NDP-Bollwerk in den Lokalräten unmöglich zu machen.

Unter den derzeit obwaltenden Umständen konnten die ägyptischen Muslimbrüder nicht darauf hoffen jemals die Anzahl notwendiger Unterschriften von Abgeordneten beizubringen, zumal sie auf lokaler Ebene bisher so gut wie nicht in Erscheinung getreten sind und deshalb auch über so gut wie keine gewählten Vertreter auf dieser politische Ebene verfügen. Die Muslimbrüder hatten als Organisation im Jahre 2002 zu einem Kommunalwahlboykott aufgerufen und sind deshalb momentan offiziell überhaupt nicht in den Lokalräten vertreten.

Wenn sich allerdings die Wahlerfolge der Muslimbrüder in Gestalt „unabhängiger“ Kandidaten nun in den Lokalwahlen und sogar den Wahlen zur Shura-Versammlung im kommenden Jahr fortgesetzt hätte wäre das „Monopol der Macht“ der NDP möglicherweise bedroht, wenn nicht sogar gebrochen worden. Hätten die Moslembrüder die Chance gehabt, in den jetzt anstehenden Lokalwahlen wiederum ca. 20% der Mandate zu gewinnen, hätten sie leicht über die Unterschriften der 160 notwendigen Lokalräte verfügt, wie wohl auch über die zusätzlichen 25 Stimmen in dem 2007 neu zu wählenden Shura-Rat. Dies hätte Ihnen dann spätestens zum Zeitpunkt der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahre 2012 oder bei Bedarf auch früher die Möglichkeit beschert, einen eigenen „unabhängigen“ Präsidentschaftskandidaten ins Rennen zu schicken.

Aus diesem Grunde und manche betonen nur aus diesem Grunde habe die NDP die Verschiebung der Wahlen durchgesetzt. Sie will offensichtlich die jetzt gewonnene Zeit nutzen, sich auch auf kommunaler Ebene neu zu formieren, ihre politischen Strukturen zu verjüngen, um dann auch auf lokaler Ebene wieder eine solche Wählerunterstützung sicherzustellen, die es den Moslembrüdern verwehrt, die für die Präsidentschaftskandidatur notwendige Stimmenzahl zu erlangen und damit das existierende Monopol der NDP zur Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten zu bewahren. Auf diese Weise versuche die NDP, so Mohammed Habib, ein führendes Mitglied der ägyptischen Muslimbrüder, ernsthafte Konkurrenten des jetzt 42-jährigen Sohnes des Präsidenten: Gamal Mubarak, den viele als sicheren Nachfolger seines Vaters sehen, von vorne herein auszuschalten.

Demokratisierung ohne Wahlen?

Die Vorstellung, man könne den politischen Einfluss der Muslimbrüder durch solche „Manöver“ auf Dauer begrenzen, halten viele politische Beobachter in Ägypten für naiv. Die Islamisierung der Gesellschaft nimmt, nicht zuletzt auch angesichts der weitgehend erfolglosen Regierungsarbeit, Tag für Tag zu. Im Straßenbild Kairo dominieren der Schleier und das Gebetsmahl auf der Stirn. Die ägyptische Muslimbruderschaft verhält sich angesichts des konstanten Popularitätszuwachses geschickt und vermeidet jede Provokation der staatlichen Behörden. Nachdem die Regierung in einem fehlgeschlagenen Deal „den muslimischen Geist aus der demokratischen Flasche hat entweichen lassen“, breitet sich dieser Geist wie entfesselt nicht nur im Bewusstsein der ägyptischen Wähler, sondern auch auf den Wahlzetteln aus. Das Tabu der bekennenden Zuwendung des ägyptischen Staatsbürgers gegenüber den Moslembrüdern ist gebrochen und kein Instrument wird ausreichen dieses Tabu wieder erstehen zu lassen. Viele, darunter auch prominente politische Kommentatoren wie Magdi Mahanna, geben heutzutage in ihren kommentierenden Artikeln in unabhängigen ägyptischen Tageszeitungen, wie etwa „El-Masri el-Yom“, zu bedenken, dass nur tief greifende politische und konstitutionelle Reformen den politischen Erfolg der Muslimbrüder auf lange Sicht einzuschränken vermögen. Da die NDP-Führung sich jedoch am langfristigen Wohl des Landes wenig interessiert zeigt, sondern nur darauf bedacht scheint, ihr aktuelles Machtmonopol so lange wie möglich zu konservieren, werde die Regierungspartei eines Tages erwachen und die Muslimbrüder an der Macht finden.

Dabei wird es in Zukunft noch schwieriger als in der jüngsten Vergangenheit gelingen, durch die bekannten Instrumente der Wahlmanipulationen den Übergang der politischen Macht an immer mehr islamisch ausgerichtete Mandatsträger zu verhindern. Viele sind heute schon der Überzeugung, dass „Verfahrenstricks“ wie die Manipulation oder Verschiebung von Wahlen den Prozess des schleichenden Machtverlustes der säkularen Kräfte im Land eher beschleunigen als verzögern werden. Nur eine inhaltliche Auseinandersetzung kann dem Einhalt gewähren, aber auf eine solche sind die wenigsten Regierungsvertreter politisch ausreichend vorbereitet zumal, viele von Ihnen wohl auch an sich selbst den Prozess einer „schleichenden „Ent-Säkularisierung“ erleben bzw. wahrnehmen.

Der unaufhaltsame Aufstieg des Gamal Mubarak

Der gerade erst im Amt bestätigte ägyptische Präsident und Vorsitzende, der weiterhin das politische Leben bestimmenden Regierungspartei NDP, Hosni Mubarak hat Anfang Februar seinen Sohn Gamal im Rahmen einer Parteikonferenz in eine führende Position befördert und bereitet seinen Sohn auf diese Weise, so jedenfalls die Überzeugung vieler politischer Beobachter, auf höhere zukünftige Aufgaben vor. Mit der nun erlangten zusätzlichen Verantwortung im Amt des Stellvertretenden Generalsekretärs der Partei bleibt Gamal Mubarak nach der Ablösung seines Vorgängers Kamal Al Shazli, als Vorsitzender des Sekretariats für Politische Angelegenheiten (Politbüro) der NDP weiterhin der heißeste Kandidat auf die Nachfolge seines Vaters.

Nachdem Gamal seit 2002 partei-intern an politischer Macht stetig hinzugewonnen hat, scheiden nun auch Schritt für Schritt die letzten bedeutenden Vertreter der „alten Garde“ der Partei ins zweite Glied zurück und überlassen (nicht immer freiwillig) dem politischen Nachwuchs unter der Führung Gamals mehr und mehr das Feld.

Nachdem es vor allem dieser politische Nachwuchs war, der die Kampagne zur Wiederwahl des Präsidenten im vergangenen Jahr erfolgreich umgesetzt hat, ernten nun einige die Lorbeeren für ihr erfolgreiches Engagement.

Viele Oppositionsvertreter sehen darin, vor dem Hintergrund der gerade erst vollzogenen Verfassungsänderung, vor allem einen Versuch den beabsichtigten Machttransfer vom „alten“ auf den „neuen“ Mubarak zu erleichtern. Da in den letzten Monaten, nicht zuletzt angesichts einer vehement vorgetragenen Opposition seitens der zeitweise äußerst populären Oppositionsbewegung "Kefaya", deutlich geworden war, dass jeder Versuch im Wege eines quasi automatischen Übergangs der Macht vom Vater auf den Sohn, etwa wie in Syrien geschehen, eine neue politische Dynastie in Ägypten zu etablieren, von der Bevölkerung mit großer Ablehnung aufgenommen und deshalb wohl zum Scheitern verurteilt war, hat das Regime seine Strategie geändert.

Gamal Mubarak hat sich in den vergangenen Monaten zwar als Reformmotor innerhalb der Partei erwiesen, der sich sowohl der Erneuerung des Parlaments, als auch der weiteren Sicherstellung von Bürgerrechten in Ägypten verpflichtet fühlt. Mit der jetzt eingetretenen Verjüngung des Generalsekretariats der Partei konsolidiert Gamal jedoch seine persönliche Stellung im Machtapparat der Partei. Allein 20 der jetzigen 29 Sekretariatsmitglieder sollen Gamal Mubarak politisch besonders nahe stehen. Sieben von ihnen, Ahmed Ezz, Mohamed Kamal, Hossam Badrawi, Youssef Boutros Ghali, Mahmoud Mohieddin, Rashid Mohamed Rashid und Anas El-Fiqi, sind wie er um die 40 Jahre alt und bilden ein starkes Gegengewicht zu der „Alten Garde“ der Partei um Safwat El-Sherif, Zakaria Azmi und Moufid Shehab. Die „junge Gruppe“ um Gamal Mubarak besteht hauptsächlich aus vornehmlich westlich ausgebildeten, jungen Unternehmern und Wissenschaftlern, die zum einen die Wirtschaft Ägyptens durch Privatisierung und ausländisches Kapital voranbringen wollen und zum anderen das ägyptische Bildungswesen modernisieren und dabei möglicherweise sogar privatisieren wollen.

Opfer dieser Verjüngung der Parteispitze wurden vor allem einige der älteren, prominenten Parteimitglieder, darunter Kamal El-Shazli, Mahdough El-Beltagui und Hussein Kamel Bahaeddin, alles ehemalige Minister. El-Shazli zum Beispiel war 17 Jahre lang als Fraktionsführer der Regierungsfraktion für die Koordinierung der NDP-Fraktion im Parlament zuständig. Sein Rückzug aus der ersten Reihe der Partei wird deshalb nicht zuletzt als Sieg Gamals über einen ihm unliebsamen aber lange zu einflussreichen, weil für die Parlamentsfraktion unverzichtbaren Widersacher gesehen.

In der besagten eintägigen Parteikonferenz ging es zuerst einmal darum, zwischen der Regierung und den führenden Kräften der Partei, eine gemeinsame Linie in politischen und wirt-

schaftlichen Themen zu finden. Neben dem wieder ernannten Premierminister Ahmed Nazif, waren das 29-köpfige Generalsekretariat und das 13 Mitglieder umfassende Politbüro der Partei anwesend. Außerdem waren nahezu alle der 30 Kabinettsminister vertreten, was dem Ziel geschuldet war, der Regierung, die Überlegungen der Partei hinsichtlich der zukünftigen Regierungsarbeit zu vermitteln. Die Regierungspartei machte in diesen Treffen deutlich, dass sie einen besonderen Wert auf die Verbesserung der staatlichen Dienstleistungen legen und die Arbeitslosigkeit noch konzentrierter bekämpft sehen wolle. Viele führende Köpfe innerhalb der Partei, darunter augenscheinlich auch Gamal Mubarak, waren zu der Überzeugung gelangt, dass der Misserfolg der Partei bei den letzten Parlamentswahlen vor allem Versäumnissen in diesen beiden Bereichen anzulasten sei.

Das für die NDP wiederum enttäuschende Wahlergebnis sei, so jedenfalls Gamal Mubarak, vornehmlich durch sog. Protestwähler zustande gekommen, die ihre Stimme den Muslimbrüdern gegeben hätten, um auf diese Weise ihrem Frust über die schlechte wirtschaftliche Lage Ägyptens Ausdruck zu verleihen. Die Muslimbrüder hatten daraufhin nahezu 20 Mandate erringen können und es der NDP mit seinen 155 Mandaten nur durch den nachträglichen Zusammenschluss mit den zahlreichen erfolgreichen NDP-Dissidenten erlaubt wiederum eine sichere parlamentarische Mehrheit (311 Sitze) zustande zu bringen. Gamal Mubarak zufolge soll jetzt im Wege weiterer konstitutioneller Reformen eine Machtverlagerung vom Präsidentialamt zum Premierministerium erreicht werden. Auch äußerte er die Absicht, es möglichst vielen Oppositionsparteien zu ermöglichen, an den kommenden Präsidentschaftswahlen 2011 mit eigenen Kandidaten teilzunehmen und den neuen Artikel 76 der Verfassung nicht zu einem Hindernis für derartige Kandidaturen werden zu lassen. So sei etwa angedacht bereits existierende politische Parteien zu stärken und damit deutlich werdende innere Konflikte in diesen Parteien schlichten zu helfen.

Trotzdem bleibt zu konstatieren, dass keine der legalen Oppositionsparteien die in der Verfassung vorgesehene 5 % Mindestmenge an Parlamentsmandate, die als Hürde für eine Präsidentschaftskandidatur 2011 gilt, erreichen konnte. Vielmehr deuten sich in vielen dieser Oppositionsparteien ernste interne Probleme an, die sowohl innerhalb von El-Ghad, sowie auch innerhalb der Wafd zu erheblichen Spannungen geführt haben.

Sollte Präsident Mubarak vor Ende seiner neuen Amtszeit so ernsthaft erkranken, dass eine weitere Amtsführung (wie im Falle Scharons) unmöglich wäre, würde der ägyptischen Verfassung zu Folge der Präsident des ägyptischen Parlaments, derzeit Dr. Ahmed Fathi Sorour, für eine Übergangsphase von 60 Tagen die Regierungsgeschäfte weiterführen, bis ein neuer Präsident gewählt würde. In einem solchen Fall müssten auch die Oppositionsparteien kurzfristig fähige Kandidaten vorweisen können. Dass Gamal Mubarak in einem solchen Fall von der Regierungspartei als Kandidat nominiert werden würde, erscheint sehr wahrscheinlich, ja geradezu als sicher, wenn man bedenkt, dass die Partei über keinen vergleichbar attraktiven Kandidaten verfügt, der das Überleben der Partei als Regierungspartei eher sicherstellen könnte. Nicht zuletzt auch der aktuelle Premierminister Ahmed Nazif hält Gamal für das Amt des Präsidenten für sehr qualifiziert, zumal in Zeiten in denen Wirtschaftsfachleute überall und nicht nur in der Arabischen Welt immer mehr den Vorzug vor alt-gedienten Militärs gegeben wird. Um sich den Herausforderungen der Globalisierung gewappnet zu zeigen, bedarf es eines Reformers mit Weitblick und der Fähigkeit vor allem weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und dies für sein Land nutzbringend einzusetzen.

Das Regierungsprogramm der neuen ägyptischen Regierung

In der von Premierminister Ahmed Nazif ersten Regierungserklärung seines neuen Kabinetts (www.cabinet.gov.eg/StaticFiles/Government_Policy_Statement2006_E.pdf) ging er zum einen ausführlich auf die in der letzten Legislaturperiode erreichten Ergebnisse, zum anderen aber auch auf die aktuellen Vorhaben ein, die seine neue Regierung in den nächsten Monaten in Angriff zu nehmen gedenkt.

Im für Ägypten so wichtigen wirtschaftlichen Bereich verwies Nazif vor allem auf die erreichte Verbesserung des Investitionsklimas für in- wie ausländische Investoren. Mit einigen wichtigen Gesetzesänderungen, wie etwa der Steuer- und Zollgesetzgebung konnte sowohl das Zollverfahren als auch die Steuererhebung vereinfacht werden. Die im Rahmen der Steuervereinfachung erleichterte Registrierung neuer Unternehmen, ließ die Zahl der neu registrierten Unternehmen in den vergangenen 18 Monaten von 3374 auf 9071 ansteigen, die einen Investitionsumfang von L.E 46 Mrd. umfassen. Die ausländischen Direktinvestitionen beliefen sich im Finanzjahr 2004/2005 auf einen Gesamtbetrag von immerhin \$3.9 Milliarden. Die Bruttoinvestitionen stiegen sogar um 16,2%, von L.E 79.6 Milliarden im Vorjahr auf L.E 92.5 Milliarden. Außerdem wurde ein neues Wettbewerbsrecht geschaffen und ein erstes Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verabschiedet.

Die ägyptische Wirtschaftswachstumsrate ist im vergangenen Finanzjahr von 4,1% auf 5,3% im ersten Quartal des Finanzjahres 2005/2006 gestiegen, während gleichzeitig die Arbeitslosenquote in Ägypten von über 10% auf jetzt 9,5% gesunken ist. 256 800 neue Arbeitsplätze wurden laut Nazif in kleineren und mittleren Betrieben geschaffen, finanziert durch Kredite im Wert von L.E 1178 Millionen, die vornehmlich vom staatlichen „Social Fund for Development“ zur Verfügung gestellt worden waren.

114 000 weitere Arbeitsplätze entstanden nach Angaben der Ministerpräsidenten durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und spezielle Projekte wie etwa: „Productive Families“ und „Women Headed Households“, sowie durch Vorhaben der Nassr Social Bank; 42.000 weitere durch staatliche Jugendförderprogramme, 19 000 durch Shorouk Projekte und 9400 durch Projekte des Local Development Funds.

Neue bzw. weiter expandierende Klein- und Mittelbetriebe trugen weitere ca. 150 000 neue Arbeitsplätze bei, davon allein 40.000 im Ölsektor. Im Tourismussektor wurden, durch den Anstieg der Touristenzahl um 1,8 Millionen, 200.000 weitere Arbeitsplätze geschaffen, der stetig wachsende ägyptische Export stellte weitere 175 000 neue Arbeitsplätze bereit.

Das ägyptische Bruttoinlandsprodukt stieg indessen im Finanzjahr 2004/2005 von L.E 485 Milliarden auf L.E 537 Milliarden, das Pro-Kopf-Einkommen im selben Zeitraum auf L.E 7666 und die Kaufkraftparität lag bei \$ 3540.

Die gesamten Auslandsschulden Ägyptens verringerten sich im besagten Zeitraum sogar um \$923 Millionen auf \$28.9 Milliarden, wobei sich die Verschuldung im Inland im Umfang von jetzt L.E 521.3 Milliarden auf einen Anteil am BIP von nur noch 82.9% verringerte.

Das Land realisierte einen Zahlungsbilanzüberschuss von \$4.5 Milliarden, obwohl das Handelsbilanzdefizit um mehr als \$2.6 Milliarden angestiegen ist. Die ägyptischen Devisenreserven erreichten nach \$14.8 Milliarden im Juni 2004 mit \$22 Milliarden Ende 2005 wieder einen neuen Höchststand.

Was die sozialen Aspekte der Regierungsarbeit angeht, hob der Ministerpräsident mit Stolz hervor, dass die Inflationsrate in Ägypten in seiner Amtszeit von einem Höchstwert von 16.7% inzwischen auf einen Wert knapp oberhalb von nur noch 3% gesunken ist. Gleichzeitig konnte die Subvention von Brot, das weiterhin zu 5 Piaster das Stück verkauft wird, weitergeführt werden. Durch eine Erhöhung der Vieh- bzw. Fleischimporte konnten auch die Fleischpreise niedrig gehalten werden.

Die Anzahl der ägyptischen Haushalte, die vom Staat Sozialleistungen erhielten, stieg auf 774 000 bei einem Gesamtvolumen von Ausgaben in Höhe von LE 500 Millionen. Das Kabinett hat inzwischen beschlossen, die Anzahl der Haushalte, die Sozialleistungen empfan-

gen, sollen auf 1 Million zu erhöhen und dafür einen Betrag in Höhe von L.E 1,1 Milliarden zur Verfügung zu stellen. Weitere 125 000 ägyptische Haushalte erhielten momentan bereits Erziehungsgeld und mehr als 59 000 Haushalte andersartige Sozialleistungen.

Die Regierung errichtete insgesamt 800 neue Schulen und stattete diese u. a. mit Computern aus. In Banha, Fayoum und Beni Suef wurden vorhandene Lehrkapazitäten in neue unabhängige Universitäten umgewandelt. Drei neue Privatuniversitäten und 12 neue Privatinstitute für höhere Bildung nahmen ihre Arbeit auf, sechs weitere neue Privatuniversitäten erhielten eine Gründungslizenz. 150 Projekte, die die Graduiertenaus- und -fortbildung zum Ziel haben, wurden mit einem Gesamtbetrag von L.E 75 Millionen durchgeführt.

Der Ministerpräsident verwies darauf, dass die Lebenserwartung der Männer in Ägypten inzwischen auf 68,4 Jahre, der Frauen auf 72,8 gestiegen sei. Die Bevölkerungswachstumsrate sei dagegen auf 19,4 pro 1000 gefallen und die nationale Geburtenrate ginge auf einen durchschnittlichen Wert von 3,1 Kinder pro Frau langsam aber stetig zurück.

Über 97% dieser Kinder würden heute die Pflichtimpfungen erhalten, sodass die Zahl ansteckender Krankheiten abgenommen hat; Diphtherie und Keuchhusten wurden sogar gänzlich besiegt. Mehr als 1 Million Rezepte im Wert von L.E 1,6 Milliarden wurden den Patienten zur Verfügung gestellt und belegen das beträchtliche Engagement des ägyptischen Staates im Bereich der Bereitstellung der medizinischen Versorgung seiner Bürger auf Staatskosten. 37 öffentliche Krankenhäuser, 23 städtische Gesundheitszentren, 94 Dorfkrankenhäuser und 114 Gesundheitsversorgungszentren in ländlichen Gebieten wurden in der vergangenen Legislaturperiode ihrer Bestimmung übergeben, weitere 20 Krankenstationen wurden speziell für Fieber- und Lepra-Patienten errichtet.

Das Trinkwassernetz wurde für L.E 3 Milliarden um insgesamt 510 km erweitert und die Produktionskapazität für Trinkwasser auf 770 000 m³ gesteigert. Das Abwassersystem wurde gleichzeitig um weitere 380 km ausgebaut und 16 sanitäre Abwasserstationen errichtet. Durch bessere Bewässerungs- und Abflusssysteme konnte die Produktivität von 500 000 Feddan landwirtschaftlicher Nutzfläche erheblich gesteigert werden, dabei wurde 800 000 Bürgern zu einem Stromanschluss verholfen. Die Zahl der Telefon (Festnetz) Nutzer stieg auf 10,4 Millionen, 13,7 Millionen Menschen verfügen mittlerweile über ein Mobiltelefon.

Das Internet nutzen heute bereits 5 Millionen Ägypter im Vergleich zu 3,3 Millionen im Juni 2004. Die Anzahl der Unternehmen, die im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie arbeiten stieg auf 1700, die Anzahl der Facharbeitskräfte in diesem modernen Bereich auf 40.000. 30 000 neue Wohneinheiten wurden in neuen Städten errichtet. Angestellte im Öffentlichen Dienst erhielten inzwischen eine Sondererhöhung von 20% bzw. eine Gehaltserhöhung von mindestens L.E 30. Dadurch kam es zu einer Einkommenssteigerung von mehr als 30% für die mehr als 2 Millionen Öffentlich Bediensteten. Die Nettoeinkommen stiegen zudem durch die neuen niedrigeren Steuertarife zum Teil erheblich.

Im politischen Bereich wurde in der Erklärung des Ministerpräsidenten auf das neue Wahlverfahren des Präsidenten und die Gesetzesänderungen in Zusammenhang mit der Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen verwiesen. Als bedeutender Schritt im demokratischen Reformprozess in Ägypten wurde auf die Änderung des Verfassungsartikels 7 verwiesen, dessen Ergebnis die Nominierung und Wiederwahl Hosni Mubaraks zum ersten, vom Volk gewählten ägyptischen Präsidenten war. Zwar hätte es über den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen Diskussionen gegeben, dennoch könne keiner die besondere Bedeutung dieser Wahlen für Ägypten in Frage stellen. Den Wählern hätten sich erstmals alternative Präsidentschaftskandidaten zur Auswahl gestellt, während sie diese Wahl unter Aufsicht der Richter in geheimer Abstimmung in Wahllokalen vollziehen konnten. Dies sei vorher nicht der Fall gewesen.

Vorhaben der Regierung für die kommende Legislaturperiode

Im zweiten Teil seiner Regierungserklärung ging der ägyptische Regierungschef dann auf die Vorhaben ein, die seine Regierung sich für die neue Legislaturperiode im wirtschaftlichen, sozialen, innen- und außenpolitischen Bereich vorgenommen hat.

Im wirtschaftlichen Bereich macht die Regierung mit dem neuen Motto: "Employment through Investment" deutlich, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Zukunft verstärkt dem privaten Sektor obliegen soll. Zu diesem Zweck beabsichtigt die Regierung verschiedene zusätzliche Investitionsanreize zu schaffen. Privatbetriebe sollen zukünftig stärker finanziell unterstützt werden, wenn Sie nachweislich Arbeitsplätze schaffen, gleichzeitig will die Regierung bürokratische Investitionshemmnisse durch weitere legislative und institutionelle Reformen beseitigen helfen. Durch ergänzende staatliche Investitionen in die Infrastruktur und den Wohnungsbau will die Regierung komplementäre Investitionen tätigen und damit Privatinvestoren neue Möglichkeiten für zusätzliche investive Engagements eröffnen. Weitere staatliche Investitionen im Energiesektor sollen zur Vervielfachung der Kapazität zur Energieerzeugung und -verteilung beitragen, um auf diese Weise den stetig wachsenden Bedarf im industriellen, aber auch im landwirtschaftlichen Bereich decken zu können

Durch das gleichzeitige Verkaufsangebot von weiteren 45 staatlichen Unternehmen und der Privatisierung von dem Staat verbliebenen Anteile an nicht weniger als 41 ägyptischen Unternehmen, sollen zusätzliche Staatseinnahmen geriert werden. Auch werde ein Gesetz vorbereitet, dass Urheberrechte besser schützen soll, um einen reibungslosen Wissenstransfer zu regeln ohne die Möglichkeit zu eröffnen, Urheberrechte zu verletzen. Durch das Inkraftsetzen verschiedener Freihandelsabkommen sollen die Bemühungen fortgesetzt werden die Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zu beschleunigen. Es sollen neue Absatzwege für den ägyptischen Export gefunden und nicht zuletzt die ägyptische Verfassung an die neuen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Im sozialen Bereich steht in den kommenden Monaten die umfassende Anhebung des Lebensstandards der ägyptischen Bevölkerung, sowie der beabsichtigte Qualitätsanstieg im Bereich der Bildung, des Gesundheits-, Wohnungs- und Transportsektors im Vordergrund des legislativen Bemühens der Regierung. Konkret soll vor allem den Menschen mit niedrigen Einkommen finanzielle Hilfe geleistet werden. Gleichzeitig plant die Regierung die staatliche Unterstützung für Haushalte ohne jedes Einkommen zu erhöhen, wodurch dann mehr als 1 Million Haushalte in den Genuss staatlicher Unterstützung kommen würden.

Die Rolle des Staates soll sich in Zukunft in den Bereichen Infrastruktur und Dienstleistungen vom aktiv Handelnden vermehrt auf planerische und Rahmen setzende Funktionen beschränken. Durch gemeinsame Investitionen im Rahmen neuer „Public-Private Partnerships“ sollen sowohl das ägyptischen Straßennetz, wie auch einzelne neue Wasser- und Abwassersystem in verschiedenen neu zu errichtenden Stadtteilen bzw. Dörfern bereitgestellt werden. Allein bis Ende 2007 sollen alle ägyptischen Dörfer an das Trinkwassersystem angeschlossen werden und jährlich 400 Dörfer ein Abwassersystem erhalten. Durch staatliche Förderprogramme sollen der soziale Wohnungsbau vorangetrieben werden und vor allem jungen Familien mit begrenztem Einkommen der Wohnungserwerb erleichtert werden.

Auch im Gesundheitswesen will die Regierung Verbesserungen erreichen. So soll jeder Bürger bis 2010 durch eine Restrukturierung des ägyptischen Krankenversicherungssystems über eine staatliche, medizinische Grundversorgung verfügen. Auch plant man jetzt die umfassende Einführung von Qualitätskontrollprogrammen im Gesundheitssektor.

Des Weiteren werden die Bemühungen um die weitere Verbreitung von Familienplanungsprogrammen mit dem Ziel das Bevölkerungswachstum einzudämmen verstärkt werden. Aus Sicht der Regierung kommt dieser Aufgabe entscheidende Bedeutung zu, da sie in dem stetigen Bevölkerungswachstum weiterhin eines der größten Herausforderungen für die nationale Entwicklung sieht. Durch die Errichtung weiterer Schulen und Universitäten beabsichtigt die Regierung immer noch mehr Kinder und Jugendliche an das ägyptische Bildungssystem her-

anzuführen. Lehrpläne und Prüfungsmethoden sollen auf mögliche Verbesserungen hin überprüft werden.

Im innenpolitischen Bereich habe es sich der Präsident, so die Erklärung des Ministerpräsidenten, zum Ziel gesetzt die politische Partizipation der ägyptischen Bürger weiter voranzubringen. Eine wichtige Rolle nimmt dabei das Konzept des „mündigen Bürgers“ ein, dem sich die Regierung verpflichtet fühlt, da es die Basis für die Gleichheit zwischen allen Ägyptern, unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihrer politischen Überzeugung sei. Die Rolle der politischen Parteien, der Zivilgesellschaft und der Frauen in der ägyptischen Wirtschaft und Gesellschaft soll gestärkt werden.

Das ägyptische Parlament soll an politischer Bedeutung gewinnen, Ihre die Regierung kontrollierende Rolle soll weiter gestärkt werden. Ein neuer Gesetzentwurf zur Modifikation des „Richtergesetzes“ soll die richterliche Unabhängigkeit stärken, neue strafrechtliche Bestimmungen sollen vorläufige Festnahmen erschweren und ggfs. von einer richterlichen Zustimmung abhängig machen. Eine neue Anti-Terror Gesetzgebung soll den derzeit bestehenden Ausnahmezustand beenden helfen. Die Bemühungen um finanzielle und administrative Dezentralisierung sollen weiter vorangetrieben und den lokalen politischen Instanzen mehr Kompetenzen gegeben werden.

In der Außenpolitik will sich die ägyptische Regierung weiter bemühen, auf regionaler, arabischer und afrikanischer Ebene ihre traditionelle Führungsrolle zu bewahren. Sie wird ihre nachbarschaftlichen Beziehungen stärken um Stabilität und Frieden in der Region herzustellen und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten. Vor allem die Palästinenser sollen auch in Zukunft von ägyptischer Seite beim Errichten ihres unabhängigen Staates unterstützt und bei der Entwicklung ihres wirtschaftlichen Potenzials gefördert werden. Ergänzend dazu sollen auch vermehrte ägyptisch-sudanesischen Kooperationsprojekte zu einem friedlicheren Zusammenleben der Menschen beitragen. Großen Nachdruck lege auch Ägypten jetzt auf den Wiederaufbau des Südsudan im Rahmen der geschlossenen Friedensabkommen und auch im Irak hofft die ägyptische Regierung auf mehr Stabilität in der Zukunft und auf den Erhalt der Einheit des Landes. Der ägyptische Ministerpräsident forderte einen nationalen Dialog zwischen allen irakischen politischen Kräften und rief die arabischen Bruderstaaten zur Teilnahme am Wiederaufbauprozess der irakischen Wirtschaft auf. Die ägyptischen Streitkräfte, die nicht nur das Land nach außen schützen, sondern durch ihr vorbildliches Engagement im Straßenbau und bei der Bereitstellung medizinischer Dienstleistungen an der Entwicklung des Landes entscheidend mitwirken, sollen durch noch mehr Training und Fortbildung ihre Leistungsfähigkeit verbessern. Die für die innere Sicherheit des Landes unverzichtbaren Polizei- und Sicherheitskräfte sollen ebenfalls weiter unterstützt werden.

Abschließend appellierte der ägyptische Ministerpräsident an die ägyptische Bevölkerung dieses neue Regierungsprogramm nach Kräften zu unterstützen und damit selbst zum Gelingen der Reformen beizutragen. Man müsse, so Nazif, die Menschen immer wider für Reformen gewinnen und dies gelinge nur, wenn die Menschen auch Reformfolge wahrnehmen können und Verbesserungen bzw. Erleichterungen spürbar werden. Er versprach bei der Vorbereitung neuer Gesetzesinitiativen verstärkt Experten und Lobbyisten zu konsultieren, damit die Gesetze den Bedürfnisse der Gesellschaft gerecht werden.